



Jahresbericht 2006

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Jahresbericht 2006

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Inhalt



Verbandsorganisation	4
Die ordentlichen Mitgliedssparkassen	5
Standpunkt	6
Im Blickpunkt	14
Wir stellen vor	20
Verbandstagung	24
Verbandsaufgaben	26
Verbandsentwicklung	28
Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen	41

Verbandsorganisation

Rechtsform

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e. V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Dem Verband gehören sieben deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie eine deutsche öffentlich-rechtliche Sparkasse, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen ist, als ordentliche Mitglieder an (siehe auch Seite 5). Als außerordentliche Mitglieder sind dem Verband 36 freie Sparkassen aus neun weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen (siehe auch Seiten 52 und 53).

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Vorstand

Präsident Jürgen Oltmann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der Die Sparkasse Bremen AG und der Finanzholding der Sparkasse in Bremen

Wolfgang Pötschke, Lübeck
1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG

Dr. Karl-Joachim Dreyer, Hamburg
2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG und der HASPA Finanzholding (bis 31. 01. 2007)

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg
2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG und der HASPA Finanzholding (ab 01. 02. 2007)

Dr. Markus Limberger, Linz
Außerordentliches Mitglied des Vorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft

Mitgliedschaften

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e. V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., Bonn/Berlin, Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e. V., Bonn, sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation, Bonn



Sitz und Geschäftsstelle des Verbandes

Sitz	Frankfurt am Main Geschäftsstelle Bremen Am Brill 1-3 28195 Bremen
Telefon	(+49) 421 179 1933 und 2298
Telefax	(+49) 421 179 3653
Internet	www.verband-freier-sparkassen.de
E-Mail	info@verband-freier-sparkassen.de

Fotos in diesem Bericht teilweise mit freundlicher Genehmigung von pixelio.de

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Stand: 31.12.2006

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kreditvolumen 1) Mio. EUR	Gesamteinlagen 2) Mio. EUR	Eigenkapital 3) Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter 4)	Anzahl der Bankstellen 5)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	587	360	348	35	154	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	361	294	156	17	80	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	10 970	7 335	6 796	515	1 550	67
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	33 961	21 939	26 430	1 580	5 350	227
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 137	1 491	1 074	128	493	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 253	1 001	740	68	218	8
Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts						
Frankfurter Sparkasse Neue Mainzer Straße 47-53 60255 Frankfurt am Main	15 403	7 043	10 947	583	1 963	99
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	2 151	1 675	1 563	115	594	32
Insgesamt	66 823	41 138	48 054	3 041	10 402	458

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) Rücklagen gem. § 10 KWG, ohne Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten sowie ohne Zuführung aus Gewinnverwendung 2006

4) ohne Konzernmitarbeiter

5) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Der Wettbewerb auf den Finanzmärkten hat eine Intensität erreicht, wie sie noch vor Jahren kaum jemand für denkbar gehalten hätte. Die deutschen Sparkassen spüren sehr viel Gegenwind, das bewährte Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankenmarktes ist starken Anfeindungen ausgesetzt – nicht zuletzt durch die wachsende Kritik der Europäischen Union an angeblichen Wettbewerbsverzerrungen durch Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Mit dem steigenden Privatisierungsdruck wachsen die Herausforderungen an uns.

Ideen, mit Biss und dem Selbstbewusstsein des Marktführers in die Offensive gehen – in der Überzeugung, dass wir das bessere Geschäftsmodell und die besseren Antworten haben. Die Zukunft ist offen: Wir haben bei weitem noch nicht unsere Potenziale ausgeschöpft und viele Kräfte können noch gebündelt werden, um den Ertrags- und Kostendruck zu entschärfen. Aus den aktuellen Entwicklungen wie zum Beispiel dem Bieterwettstreit um die Landesbank Berlin (LBB) lässt sich schon ein bemerkenswertes Resümee ziehen: In der Krise rücken die Sparkas-

Standpunkt

Lange Zeit haben wir Sparkassen allein aus der Fristentransformation beachtliche Erträge erzielt. Sie war eine maßgebliche Einnahmequelle – und hat so manche Schwäche im System überdeckt. Das ist vorbei. Der erhöhte Wettbewerbsdruck schafft neue Gegebenheiten und sorgt für eine nie gekannte Transparenz. Das legt wie unter einem Brennglas unsere Schwächen offen, aber es zeigt ebenso unsere Stärken. Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, ist es elementar, dass wir uns auf diese Stärken konzentrieren und sie ausbauen anstatt über die Schwächen zu lamentieren oder Rückzugsgefechte zu führen. Wir dürfen nicht nur auf die Entwicklungen reagieren, sondern wir müssen mit eigenen

sen enger zusammen. Der Erwerb der LBB durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband zeigt, was machbar ist, wenn die Sparkassen gemeinsam handeln. Daran lässt sich anknüpfen.

Politische Stürfeuer und EU-Vorgaben erschweren das Tagesgeschäft

Der Verkaufsprozess zeigt auch exemplarisch die politischen Dimensionen des Bankengeschäftes auf. Gerade die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen sich immer wieder starker politischer Einflüsse erwehren. Das raubt Zeit und Kraft für den harten Wettbewerb im Markt und das eigentliche Geschäft. 2006 hat wiederum deutlich gemacht, dass nicht der Wettbewerb



Präsident Jürgen Oltmann

allein die Geschäftspolitik der Sparkassen dominiert. Ob die Angriffe der EU auf das Drei-Säulen-Modell oder die Novelierungen der Sparkassengesetze in Nordrhein-Westfalen und Hessen – die politischen Diskussionen halten uns auf Trab und erschweren die Arbeit. Hinzu kommt, dass die EU in den vergangenen Jahren sehr große Projekte vorangetrieben hat, die bei den Sparkassen enorm viele Ressourcen gebunden haben. Das gilt für Basel II ebenso wie für den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA oder die EU-Richtlinie zur Harmonisierung der Finanzmärkte im europäischen Binnenmarkt (MiFID). Hier haben wir sehr viel Arbeit und Energie hineingesteckt, die uns dann wiederum bei der Weiterentwicklung der eigenen Häuser fehlte. Wir konnten uns so nicht, wie wir es gewünscht hätten, ganz auf unser eigentliches Kerngeschäft, den Vertrieb, konzentrieren. Betrachten wir die Anstrengungen der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen, ihre Sparkassengesetze zu ändern. Ziel der Änderungen war die Schaffung von Träger- oder Stammkapital, das in Hessen nicht nur von der eigenen Trägerkommune gehalten werden soll, sondern auch von anderen Sparkassen, dem Sparkassenverband, der Landesbank oder dem Land erworben werden kann. Die intensiven Bemühungen des Sparkassenverbandes Hessen-Thüringen und der Sparkassen verhallten ungehört. Das Gesetz wurde im April 2007 wie geplant verabschiedet. In Nordrhein-Westfalen hat die Legislative die Zusammenführung der beiden im Bundesland noch getrennt vertretenen Regionalverbände Rheinischer Sparkassen- und Giroverband und Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband verfügt. Auch hier soll es den

Sparkassen möglich sein, Stammkapital - hier Trägerkapital genannt - zu bilden, das allerdings nicht übertragbar sein soll und nur von den eigenen Trägern gehalten werden kann.

Die Begründung ist in beiden Fällen, die Eigentümerstruktur transparenter zu machen: die Sparkassen gehören nicht sich selbst, sondern dem Träger. Wenn sich dann die Sparkassen noch mit dem Land auseinandersetzen müssen, ob sie zu einer vertikalen Zusammenarbeit ausschließlich mit ihrer Landesbank gezwungen werden sollen, sind dies verpuffte Energien, die im Markt ertragbringend hätten investiert werden können.

Die Freien Sparkassen befinden sich da in einer komfortableren Situation – ohne politische Störfeuer. Wir entscheiden frei nach den wirtschaftlichen Erfordernissen, gestalten unsere Strategien zukunftsorientiert und unabhängig und können innovative Wege gehen. Für uns bleibt die Auseinandersetzung mit dem Markt Zentrum des geschäftspolitischen Handelns.

Fair. Menschlich. Nah.

Sparkassentag 2007 in Bochum

Gut, dass der Sparkassentag 2007 in Bochum deutlich Position bezogen und das Drei-Säulen-Modell als bedeutende Stütze für das deutsche Finanzsystem und als Vorteil für die Bankkunden verteidigt hat. Die Oberbürgermeisterin der gastgebenden Stadt formulierte völlig zutreffend „wie problematisch es sei, wenn durch die Bildung von Trägerkapital eine Tür aufgestoßen würde, die wir dann später nicht mehr zu bekommen“. Einer Privatisierung von Sparkassen erteilte sie eine klare Absage. Es könne

durchaus die Gefahr daraus erwachsen, dass aus EU-Sicht dieses Trägerkapital als frei fungibel deklariert wird und damit die Landesgesetze die Veräußerung der Sparkassen an private Erwerber nicht mehr verhindern können. Die öffentlich-rechtliche Struktur der Sparkassen dürfe nicht dem Bestreben der EU geopfert werden, Vereinheitlichung durch Privatisierung zu erreichen. Ebenso wenig dürfe das Trägerkapital die Kämmerer in den Gemeinden dazu verführen, Haushaltslöcher durch den Verkauf ihrer Sparkassen zu stopfen. Die Brüsseler Kritik an den deutschen Sparkassen ist auch deshalb unverständlich, weil ihr Wesenselement, das Subsidiaritätsprinzip, eigentlich den Zielen der EU dient: Es trägt wie kaum eine andere wirtschaftliche Struktur zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen bei. Die Sparkassen aktivieren Wachstumspotenziale, stabilisieren wirtschaftlich schwächere Regionen und bieten allen Menschen uneingeschränkt Zugang zu modernen Finanzdienstleistungen.

Wettbewerb oder geschützter Raum?

Es wird den Sparkassen oft unterstellt, dass sie sich durch ihr Regionalprinzip von dem Wettbewerb abschotten. Sicher, die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind per Sparkassengesetz und Satzung verpflichtet, sich auf das Gebiet ihrer jeweiligen Region zu beschränken. Dass sich insbesondere die Großbanken aus wirtschaftlichen Gründen aus der Fläche zurückziehen, kann man nicht den Sparkassen anlasten. Doch in jeder größeren Stadt gibt es Mitbewerber, die die Marktführerschaft der Sparkassen heftig attackieren. Der Rückgang der Zinserlöse bei nahezu allen Banken und Sparkassen ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass wir Sparkassen uns in einem

allgemeinen Wettbewerbsumfeld bewegen und keinesfalls nur in einem geschützten Raum.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Der Wettbewerb findet – und auch das führt den Vorwurf des wettbewerbverzerrenden Regionalprinzips ad absurdum – längst nicht mehr nur in der Region, nur „im eigenen Dorf“ statt. Er hat sich im Zuge der neuen Kommunikationsmöglichkeiten wie des Internets aus seinem regionalen Korsett befreit. Neue Anbieter drängen in den Markt. Leistungen und Preise sind äußerst transparent geworden. Darüber hinaus sind viele Produkte so einfach konstruiert und so bekannt, dass der Kunde kaum noch beraten werden muss. Mehr noch, die Produkte werden so gestaltet, dass sie bestens über das Internet vertrieben werden können. Diese Konzentration auf wenige einfache Produkte erlaubt es sogar Anbietern aus ganz anderen Branchen, sich auf den Markt der Finanzprodukte zu begeben: C&A und Rossmann sind Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Sie haben ein völlig anderes Geschäftsmodell und bieten dennoch traditionelle Sparkassenprodukte an. Immer wieder muss auch daran erinnert werden, dass wir Sparkassen anders als unsere privaten und überregionalen Mitbewerber eine weit über das betriebswirtschaftliche Ziel hinausgehende Verpflichtung haben: Wir investieren in die Region auf mannigfaltige Weise, wir finanzieren gemeinwohlorientierte Projekte. Ein Gutteil unserer Erträge wird dafür verwandt. Hier konkurrieren wir bestenfalls mit den regionalen Volks- und Raiffeisenbanken, die eine ähnliche regionale Struktur haben, von der EU allerdings deutlich weniger gerügt werden. Den Sparkassen dieselben Rahmenbedin-

gungen zu verordnen wie den auf Gewinnmaximierung ausgerichteten nationalen und internationalen Großbanken, hieße, einen großen Teil des sozialen Engagements in den Kommunen und Regionen preiszugeben.

Ein Modell für die Zukunft: Die Freien Sparkassen

Wie also können wir die Vorteile des deutschen Sparkassensystems mit den Anforderungen des Wettbewerbs und der nationalen und EU-weiten Gesetzgebung in Einklang bringen? Die EU fordert eine Entkoppelung der öffentlichen Verwaltungen vom Finanzdienstleistungsgeschäft, sie fordert die „Privatisierung“ des deutschen Bankensystems und damit die Abkehr vom Drei-Säulen-Modell.

Dass ein geschäftspolitisches Handeln von Sparkassen im Sinne der in den Bochumer Leitlinien bekannten Grundsätze auch ohne die kommunale Trägerschaft möglich wäre, zeigen die Freien Sparkassen seit Jahrzehnten. Die Förderung der regionalen Wirtschaft, das Bekenntnis zu allen Schichten der Bevölkerung im jeweiligen Geschäftsgebiet, die Berücksichtigung der kommunalen und regionalen Bedürfnisse in der Verwendung des Gewinns – für die Freien Sparkassen in der Rechtsform einer AG ist das ebenso selbstverständlich wie für die öffentlich-rechtlichen.

Die Modernisierung der Sparkassengesetze weist den Weg. Einige Bundesländer sind hier vorangegangen und haben neben der Körperschaft auch andere Rechtsformen zugelassen. So kann beispielsweise nach dem neuen Bremischen Sparkassengesetz Träger einer Sparkasse eine Stiftung des öffentlichen Rechts sein. An ihr können sich Mitglieder der Sparkassenorganisation mit bis zu

49,9 Prozent beteiligen. Von einer Stiftung des öffentlichen Rechts spricht man bei einem öffentlich-rechtlichen Vermögen, das verselbstständigt wird und seinen Zweck mit den Mitteln erfüllt, die aus dem Vermögen erwirtschaftet werden. Stiftungen des öffentlichen Rechts verfolgen anders als die gemeinnützigen Stiftungen des Privatrechts wie etwa Familien- oder Unternehmensstiftungen ausschließlich einen öffentlichen, gemeinwohlbezogenen Zweck wie zum Beispiel das Betreiben einer Sparkasse. Die Haftung des Trägers, in diesem Fall der Stiftung, beschränkt sich auf das Stiftungsvermögen. Die Übernahme einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine öffentliche Stiftung bedeutet eine rechtliche Verselbstständigung und damit mehr eigenverantwortliche Gestaltung. Dennoch beteiligen sich die Vertreter des ehemaligen Trägers im Stiftungsrat weiterhin an den Entscheidungen, an denen die Stiftung und mit ihr die Sparkasse ihre Geschäftspolitik ausrichtet. Die einzige öffentlich-rechtliche Sparkasse im Land Bremen, die Sparkasse Bremerhaven, wird seit 2005 von der Sparkassenstiftung Bremerhaven getragen.

Die Freien Sparkassen werden inzwischen alle in der Rechtsform einer AG geführt: Hier halten die ehemaligen „Eigentümer“, die Stiftungen und Vereine der Sparkassen, die Aktien der nicht börsennotierten Aktiengesellschaften. Der reine Geschäftsbetrieb wurde auf die AG ausgelagert. Die Kommune hat formal keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik. Dennoch nehmen die Freien Sparkassen ihre Verantwortung als regionale Unternehmen ernst und setzen sich in vielen sozialen und kulturellen Bereichen für die Belange ihrer Region und Bürger ein.



Europäische Beispiele: Öffentlicher Auftrag in privatrechtlicher Struktur

Wenn man über die deutschen Grenzen nach Europa schaut, so lassen sich weitere Beispiele dafür finden, die Anforderungen der EU mit der Grundidee der Sparkassen in Einklang zu bringen. Ein solches Beispiel ist das Sparkassenwesen in Österreich. 36 der dortigen 55 Sparkassen sind inzwischen als AG tätig; das Kapital wird oftmals von Stiftungen gehalten. Diese Stiftungen halten teilweise sogar Anteile an mehreren Sparkassen wie auch AG-Sparkassen. Anteile an anderen Sparkassen halten. In den Statuten ist der Einfluss der Gemeinden auf den Geschäftsbetrieb über ihre Präsenz in den Anteilsverwaltungsgesellschaften, Vereinen oder Stiftungen nach wie vor festgeschrieben.

Die österreichischen Sparkassen haben sich beispielhaft an die neuen Rahmenbedingungen und die Anforderungen der EU angepasst. Ursprünglich Gemeinde- oder Vereinssparkassen erhielten sie mit dem ersten Sparkassengesetz 1979 die Möglichkeit, sich weitgehend frei im Markt zu bewegen. Niederlassungen in ganz Österreich wurden für die ehemals regional gebundenen Sparkassen ohne Zustimmung möglich. Davon wurde auch reichlich Gebrauch gemacht. Seit 1986, mit der zweiten Novelle des KWG und der weiteren Öffnung des Sparkassengesetzes, war es den Sparkassen möglich, Partizipations- und Ergänzungskapital aufzunehmen. Dies war erforderlich geworden, weil durch das starke Bilanzsummenwachstum und neue Geschäftsfelder dringend weiteres

Eigenkapital benötigt wurde. Die Internationalisierung des Geschäftes machte zudem deutlich, dass das österreichische Konstrukt Sparkasse den ausländischen Partnern schwer zu erklären war. So entschied man sich, mit der Aktiengesellschaft eine international übliche und bekannte Rechtsform für die (Vertriebs)Sparkassen zu schaffen.

„Eigentümer“ der Sparkassen blieben die vorherigen Träger als Anteilsverwaltungssparkasse oder als Stiftung.

Die Freiheit in der Formulierung des Satzungsauftrages und die Orientierung am Gemeinwohl blieben gewährleistet, aber die Konstruktion ist durch die frühzeitige Abstimmung mit den EU-Behörden EU-konform ausgerichtet. Ohne den regulierenden Einfluss der EU hat insbesondere die Erste Bank AG die Konkurrenz im eigenen Verband wieder aufgehoben und die Filialen, die in den österreichischen Städten mit der dort ansässigen Sparkasse sozusagen vis-à-vis im Wettbewerb standen, an diese Sparkassen zurückgegeben. Es soll - bis auf wenige Ausnahmen - nur noch eine Sparkasse am Ort die S-Gruppe repräsentieren. Hier zeigt sich, dass die EU dem Spiel der Kräfte und der Intelligenz der Organisationen durchaus vertrauen darf - zum Wohl der Institute aber auch zum Wohl der Kunden.

Einen anderen und ebenfalls erfolgreichen Weg ist die spanische Sparkassenorganisation gegangen. Auch hier hat die Deregulierung zu Wettbewerb und hoher Effizienz geführt. Die Aufhebung des Regionalprinzips im Jahr 1988 schaffte faktisch einen Wettbewerb

„jeder gegen jeden“. Allein in Madrid sind ca. 20 der 46 Sparkassen präsent. Doch der Erfolg der Sparkassen liegt in der konsequenten Nutzung von Dienstleistungsangeboten ihres Spitzeninstituts CECA, das sowohl beratend und konzeptionell als auch insbesondere - vergleichbar mit Dienstleistungsgesellschaften - mit Angeboten zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen zur Verfügung steht. Für uns sicher ungewohnt ist, dass im Sinne von möglichst großen Skaleneffekten dieses Dienstleistungsangebot nicht nur den Mitgliedern der Sparkassenorganisation, sondern auch Mitbewerbern zur Verfügung steht und aufgrund konkurrenzfähiger Preise auch von ihnen genutzt wird.

Die spanischen Sparkassen werden in der Rechtsform der „Privaten Stiftung ohne Gewinnerzielungsabsicht“ betrieben. Ihre Überschüsse fließen wie in vielen anderen Ländern den Trägerkommunen zu; bei überregional tätigen Sparkassen wird versucht, den Gewinn jeweils anteilig dort zurückfließen zu lassen, wo er entstanden ist. So wird ein Widerstand gegen die Eröffnung von Filialen in anderen Regionen weitgehend vermieden und zumindest im kleinen Rahmen versucht, die regionale Bindung nicht zu verlieren.

Deregulierung als Erfolgsfaktor ?

In beiden Beispielen zeigt sich die Erfahrung, dass erst die Deregulierung zu den Erfolgen geführt hat. Die Ruhr-Universität in Bochum hat in einer Studie den Einfluss verschiedener Determinanten auf die Profitabilität von Banken untersucht. Der wichtigste Faktor ist demnach der Grad der Regulierung bzw. Deregulierung eines Finanzsystems. Die Frage ist nur, bis zu welchem Grad eine Deregulierung sinnvoll ist, denn sicher wünscht sich niemand Verhältnisse wie in Groß-

britannien oder den Niederlanden, wo die Sparkassen nach der Deregulierung und formeller und/oder materieller Privatisierung im Sektor der privaten Geschäftsbanken aufgingen und sich heute nur noch wenige Großbanken in einem oligopolistischen Markt tummeln. Besonders der britische Bankenmarkt ist beispielhaft dafür, dass eine verordnete Privatisierung von Sparkassen den Wettbewerb zu Lasten der Verbraucher sowie der kleinen und mittleren Unternehmen vermindert. Der reduzierte Wettbewerb hat nicht nur erhöhte Preise und weniger Service zur Folge; weite Teile der Bevölkerung haben gar keinen freien Zugang mehr zu Finanzprodukten. Wie jedoch der öffentlich-rechtliche Sektor reformiert werden könnte, ohne die Versorgung der Bevölkerung mit kreditwirtschaftlichen Leistungen zu gefährden, beweisen die Freien Sparkassen in Schleswig-Holstein, die seit einigen Jahren in der Rechtsform einer AG geführt werden, ganz und gar unauffällig.

Für die deutsche Sparkassenorganisation könnten diese Modelle der Öffnung ein gangbarer Weg sein. Die öffentliche Rechtsform ist nicht mehr entscheidend, sondern das Bekenntnis der Sparkassen zu ihrer satzungsmäßig verbrieften Aufgaben- und Gemeinwohlorientierung.

Interne Reformen: Große Volumina in kleingliedrigen Strukturen

Wichtiger als die Diskussion über die Rechtsform und die Ausgestaltung der Satzungen hinsichtlich der Kapitalausstattung sind jedoch die internen Reformen und Veränderungen, die es gilt anzustoßen. Die Ausgliederung des Vertriebes in eine AG oder die Fusion zu betriebswirtschaftlich stabileren und größeren Einheiten von Sparkassen sind dabei nur Teilaspekte, die für das Über-

leben der Sparkassen im Wettbewerb nicht maßgeblich sind. Viel wichtiger ist es, Kräfte in viel größeren Dimensionen zu bündeln, um Kosten zu sparen. Nur das sichert auf lange Sicht die Selbstständigkeit von Sparkassen, ob nun öffentlich-rechtliche oder Freie Sparkassen. Im Zahlungsverkehr ist es längst üblich, in anderen Geschäftsfeldern entwickeln sich die Dienstleister: Eine Zusammenfassung von nicht kundennahen Backoffice-Tätigkeiten zu größeren Einheiten wie in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG schaffen die Voraussetzung dafür, dass auch kleine und mittlere Sparkassen selbstständig bleiben können. Selbst die beiden Gründungsinstitute, die Hamburger Sparkasse und die Sparkasse Bremen, hielten ihre jeweiligen Volumina für nicht zukunftssichernd und führten deshalb ihre Backoffice-Abteilungen in der NRS zusammen. In die NRS können noch weitere Tätigkeiten ausgegliedert werden – und sie ist offen für weitere Nutzer aus der Sparkassenorganisation. Auch hier sind innovative Strategien gefragt. Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwickler sowie Kreditfabriken sind bereits in der Breite vorhanden. Doch der Backoffice- und der Stabsbereich bieten noch weitaus mehr Tätigkeiten, die zu größeren Einheiten zusammengefasst Skaleneffekte für das einzelne Institut ermöglichen. Auch hier lohnt es sich, die Entwicklung im europäischen Umfeld zu beobachten, von den Besten zu lernen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu stoppen.

Landesbank Berlin: Gemeinsam zum Erfolg

Innovationen zu wagen bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe. Nicht minder wichtig ist aber gemeinsames, entschlossenes Handeln im Krisenfall. Der

Verkauf der Landesbank Berlin an den DGSV ist ein wunderbares Beispiel dafür. Mit dem Erhalt der LBB und der Berliner Sparkasse innerhalb der Sparkassenfamilie wurde eine der größten Gefahren für die Sparkassenidee abgewendet: der Einbruch von privaten Investoren in den Sparkassensektor. Die Nutzung der Marke „Sparkasse“ durch Dritte, bei denen Werte wie regionale Verbundenheit oder Gemeinwohl keinen Platz in der Geschäftspolitik haben, hätte die Sparkassenidee und damit das Vertrauen der Menschen in diese Marke in den Grundfesten erschüttert. Mehr als 400 Sparkassen haben sich der Bietergemeinschaft des DGSV angeschlossen und werden sich auch kapitalmäßig beteiligen – ein für die deutschen Sparkassen einmaliger Vorgang. Es geht dabei nicht nur darum, die Sparkasse der Stadt Berlin zu erhalten. Es bietet sich vielmehr die Chance, mit der LBB eine Art Spitzeninstitut für alle Sparkassen aufzubauen. Der Sparkassenorganisation bieten sich hier neue strategische Möglichkeiten, die weit über die bisherigen Tätigkeiten einer Sparkasse hinaus gehen. Es liegt jetzt an den Sparkassen und ihrem Verband, dies auch voranzutreiben und zu signalisieren, dass die Sparkassen willens und in der Lage sind, ihre eigene Zukunft zu gestalten und eine aktive Rolle im deutschen Bankenmarkt zu spielen. Der LBB-Kauf ist eine Pioniertat. Eine völlig neue Form des Eigentums an der Landesbank Berlin und damit auch an der Berliner Sparkasse. Und alle Beteiligten werden es als selbstverständlich erachten, dass die sparkassentypische Identität und die Satzungsverpflichtungen in der neuen Eigentümerkonstellation unverändert Gültigkeit haben werden.



Das wird auch unsere Antwort an die EU sein müssen, um uns unangreifbar zu machen. EU-konforme Eigentumsverhältnisse, international verständliche Konstruktionen und Rechtsformen und nicht zuletzt auch die Schaffung von Gestaltungsräumen, die den Sparkassen geschäftspolitisches Handeln weitgehend ohne politischen Einfluss und nur mit Fokussierung auf die in der eigenen Satzung und in der Organisation verbindlichen Leitlinien ermöglicht – das sind die großen Zukunftsaufgaben. Hier ist Kreativität gefragt, Mut und Intelligenz, denn die Antworten sind nicht einfach, die Widerstände dagegen groß. Alternativen zu unserem fest gefügten öffentlich-rechtlichen System müssen diskutiert werden. Es ist eine Binsenweisheit, dass es immer vorteilhafter ist, Zukunft selbst zu gestalten als sich diese Gestaltung von Dritten, die sich niemals wirklich in die eigene Identität hinein denken können, diktieren zu lassen. Wenn wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen – die LBB ist dafür ein Musterfall – muss uns nicht bange sein. Die Sparkassenorganisation hat heute das dichteste Netz an Geldausgabeautomaten und die höchste Filialdichte in Deutschland. Das gleiche gilt für unsere Nachbarn in Österreich. Damit sind die Sparkassen die direktesten Direktbanken – die anderen sind eher „Distanzbanken“. Dieses flächendeckende Netz an Finanzdienstleistungsangeboten mit der Chance, alle Leistungen der S-Finanzgruppe über den einen Berater vor Ort, den einen ganz persönlichen Kontakt zu bündeln und zu koordinieren, ist einzigartig. Diese Sonderstellung gilt es auch in der Zukunft zu bewahren – ganz gleich, welche Rechtsform eine Sparkasse haben mag. „Mit Ihrer Geschäftsphilosophie nehmen Sparkassen in besonderer Weise Verant-

wortung für unsere Gesellschaft wahr. Die besondere Bindung an das wirtschaftliche Wohlergehen der Regionen und aller Teile der Bevölkerung stellt sicher, dass Sparkassen ihren Erfolg nicht gegen die Interessen ihrer Kunden suchen. Dies gewährleistet nachhaltiges Wirtschaften, das einer zu einseitigen Ausrichtung an kurzfristigen Kapitalmarktinteressen langfristig deutlich überlegen und im Interesse der Menschen in der Region ist.“ So lautet das Bekenntnis der Sparkassenorganisation in den Bochumer Leitlinien zu ihrem Auftrag und Selbstverständnis. Das gilt für alle Sparkassen – öffentlich-rechtliche wie Freie.

Fazit:

Wir stehen vor großen Herausforderungen und sehen, wie sich der Verbund aufstellen muss, damit er zukunftsfähig bleibt. Wie wandlungsfähig die Sparkassen sind, haben die vielen erfolgreichen Veränderungen in den vergangenen Jahren gezeigt. Die Sparkassen brauchen ihre ganze Kraft im Wettbewerb um ihre Kunden, politische Interessen müssen zurückstehen und dürfen sie nicht behindern. Die LBB bietet dazu bedeutende Möglichkeiten, Kräfte zu bündeln, und hat gezeigt, wozu die Sparkassenorganisation in der Lage ist, wenn alle an einem gemeinsamen Ziel arbeiten.

Die Chance ist da und wir müssen handeln !

Die Freien Sparkassen stehen bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Klimawandel oder „Wetterkapriolen“?

Das abgelaufene Jahr 2006 war nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ein „Rekordjahr“.

In Europa gab es 2006 den wärmsten jemals gemessenen Sommer, die Herbstmonate waren in weiten Teilen mehr als 3°C wärmer als normal üblich.

Einem der mildesten Winter seit Beginn der Wetteraufzeichnungen folgte Frühjahrssturm „Kyrill“ Anfang 2007, der schwere Zerstörungen hinterließ. Und nach den Ostertagen 2007 dachten sicher viele Menschen bei stellenweise über 30°C eher an Freibad und Sommer-

zur Normalität, und den Grund dafür bestätigte im Februar 2007 die Arbeitsgruppe II des sogenannten „Weltklimarats“ (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz IPCC) mit ihrem 4. Sachstandsbericht über Klimaänderungen: der überhöhte CO₂-Ausstoß weltweit führt zu steigender Erderwärmung.

Diese Erkenntnis ist sicher nicht neu, aber die Klimaforscher zeigten sich überrascht über die erhöhte Dynamik der Klimaveränderungen, die man beim Vergleich mit dem letzten Bericht aus 2001 feststellen konnte.

Blickpunkt

urlaub denn an Frühjahrsputz.

In den USA kam es im Sommer 2006 zu Hitzewellen mit Lufttemperaturen von vielerorts mehr als +40°C, durch Dürre entfachte Brände vernichteten dabei riesige Waldflächen. In Australien folgte einer Dürrewelle im Spätsommer der heißeste Herbst seit Beginn der Messungen. Und in Afrika sorgten im Herbst 2006 Starkniederschläge für zerstörerische Überschwemmungen - die stärksten Regenfälle seit 50 Jahren in der Region. In Asien verzeichnete man während des Monsuns auf vielen Stationen die höchsten 24-Stunden-Niederschläge seit Beginn der Aufzeichnungen.

Diese weltweit auftretenden extremen Wetterverhältnisse werden zunehmend

Globale Erwärmung:

Regionale Auswirkungen in Europa

Für Nordeuropa bringt der Klimawandel - bei eher kleinen Temperaturveränderungen - anfänglich gemischte Effekte inklusive einiger Vorteile: verminderter Heizbedarf, steigende Ernteerträge, verstärktes Waldwachstum. Bei fortgesetzter Klimaänderung werden jedoch die negativen Klimafolgen wie häufigere winterliche Hochwässer, viele Stürme in Orkanstärke, gefährdete Ökosysteme und anwachsende Bodeninstabilität jeglichen Nutzen überwiegen.

In Mittel- und Osteuropa wird abnehmender Sommerniederschlag zu stärkerem Wasserstress führen. Gesundheitsrisiken durch Hitzewellen können zunehmen.



Das Waldwachstum wird abnehmen und Moorbrände werden häufiger. In Südeuropa werden sich die jetzigen Temperaturen weiter erhöhen und die Dürreperioden zunehmen. Mehr gesundheitliche Risiken durch Hitzewellen, mehr Flächenbrände, geringere Wasserverfügbarkeit sowie geringere Ernteerträge werden die Folge sein. Für ganz Europa werden als Resultat von steigenden Eis- und Schneeschmelzen Überschwemmungen zu beobachten sein.

Politik ist fest entschlossen zu handeln

Um den Klimawandel zu verlangsamen und irreversible Schäden wie z.B. das Abschmelzen der Polkappen zu verhindern, fordern Umwelt- und Klimaverbände seit Jahren von der Politik, weltweit Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen zu beschließen und umzusetzen. Schließlich haben Änderungen des Klimas lange Vorlaufzeiten. So kann das, was wir heute tun, erst Auswirkungen in 40-50 Jahren haben. Die Politik meint, die Verursacher der erhöhten CO₂-Werte ausgemacht zu haben und versucht gegenzusteuern. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob z.B. die USA als größter Emittent von Treibhausgasen zu einem Umdenken bewegt werden können. Auch ist es mehr als fraglich, ob es gelingt, China und Indien als die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde und industriell gerade erst an der Schwelle zur Industrienation angekommen, dazu zu bewegen, Wohlstand zugunsten von verantwortungsvollem Umgang mit natürlichen Ressourcen und Schadstoffemissionen zu opfern. Leider haben Marktwirtschaften Schwierigkeiten, das Problem der Umweltbelastung durch wirtschaftliche Aktivität zu

lösen, denn negative Effekte bei der Produktion von Gütern können in Marktpreisen nur schwer abgegolten werden, da Eigentumsrechte an der Umwelt nicht definiert sind.

Zwar gibt es Bestrebungen der Staatengemeinschaft, solche Eigentumsrechte einzuführen, wie z.B. die aus dem Kyoto-Protokoll folgenden handelbaren Emissionsrechte. Aber niemand kann die Staaten der Welt dazu zwingen, solchen Übereinkünften beizutreten, zumal Klimaschutz für Volkswirtschaften erhebliche Kosten verursacht.

Kapitalmärkte sind der Politik voraus

Anders als die Politik haben die wirtschaftlichen Kräfte schon begonnen, sich intensiv mit den Auswirkungen der globalen Erwärmung auseinanderzusetzen.

In einer Umfrage vom Carbon Disclosure Project (CDP) - einer Organisation von 225 institutionellen Investoren mit einem Gesamtanlagevermögen von über 31 Billionen Dollar - wurden 2.000 weltweit führende internationale Konzerne genauestens darüber befragt, welche Auswirkungen der Klimawandel und der Klimaschutz auf ihre zukünftige Entwicklung haben können. Das Ergebnis der Umfrage zeigt, dass sich viele Unternehmen den mit der Erderwärmung verbundenen Herausforderungen und Geschäftsrisiken stellen und beginnen, die damit einhergehenden Chancen zu erkennen und zu nutzen. Gleichzeitig jedoch zeigt das quantitative wie qualitative Ergebnis der Umfrage, dass die meisten der befragten Unternehmen noch nicht ausreichend verinnerlicht haben, welche Auswirkungen Klimawandel und Klimaschutz auf ihre zukünftige Entwicklung haben können. Dass diese Umfrage ausgerechnet von

einer Organisation wie der CDP durchgeführt wurde, überrascht indes nicht. Gerade Investoren, die das Geld ihrer Kunden nach den Kriterien Sicherheit und Rendite anlegen, werden zukünftig Unternehmensstrategien stärker auf kohlenstoff-relevante unternehmerische Entscheidungen und Planungen hin prüfen und die diesbezüglichen Umsetzungserfolge oder -defizite berücksichtigen. Entsprechend müssen Informationen über die Klima-Strategien von Unternehmen stärker in ihren Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden, je mehr die materiellen Auswirkungen von Klimawandel und Klimapolitik sichtbar werden. Die großen Konzerne tun also gut daran, bereits jetzt mehr Augenmerk auf diesen Bereich zu legen, weil Investoren und Anteilseigner dieses von ihnen verlangen, und das wahrscheinlich schneller als die Politik.

Risiken für die Industrie durch den Klimawandel

Im Wesentlichen geht es um folgende Themen, die zukünftig stärkere Beachtung finden müssen :

Direkte Wettereinflüsse

Laut IPCC werden Nord- und Mitteleuropa zukünftig immer häufiger mit winterlichem Hochwasser und schweren Stürmen zu kämpfen haben. Die Versicherungsbranche spürt schon heute die ersten Auswirkungen durch vermehrte Wetterschäden; es steht zu befürchten, dass diese Risiken zukünftig nur zu erheblich höheren Prämien oder überhaupt nicht mehr versicherbar sein werden.

Preisvolatilität von

Energie- und Rohstoffpreisen

Kohlekraftwerke tragen erheblich zur Erderwärmung bei, daher möchte man

zukünftig weitestgehend auf ihren Einsatz verzichten. Kernenergie soll in vielen Ländern Europas aufgrund der ungelösten Endlagerung der Brennstäbe und der Betriebsrisiken auch nicht mehr zum Einsatz kommen. Die regenerativen Energieträger wie Wind oder Sonne sind heute noch weit davon entfernt, den Strombedarf decken zu können. Es ist also zu vermuten, dass sich der verfügbare Strom weiter verknappen wird und die Preise weiter in die Höhe treibt. Zudem sind auch viele Rohstoffe wie z. B. Kupfer oder Erdöl bereits knapp, andere Rohmaterialien wie z.B. Stahl können kaum noch in der Menge produziert werden, wie sie benötigt werden. Diese Faktoren müssen zukünftig bei Rentabilitätsberechnungen langfristig mit eingerechnet und überprüft werden.

Emissionswerte von

Produktionsanlagen und Produktlinien

Pläne der Politik sehen vor, den Ausstoß von CO₂ drastisch zu senken. Dies bedeutet für Betriebe, die bei der Produktion zu hohe Emissionswerte aufweisen, dass sie entweder am geplanten EU-Emissionshandel Rechte teuer hinzu-



kaufen müssen oder mit eventuell erheblichem finanziellen Aufwand Produktionsanlagen modernisieren müssen. Zudem könnte es passieren, dass von der Industrie hergestellte Produktlinien zu Ladenhütern werden, weil sie zuviel Energie verbrauchen oder hohe Mengen Schadstoffe produzieren. Beispielsweise wird heute bei jedem neuen PKW neben dem Verbrauch auch der Schadstoffausstoß angegeben. Sollte der Endverbraucher sich bei seiner Kaufentscheidung von diesem Kriterium leiten lassen, hätten schwere Limousinen und Sportwagen wohl sehr schnell ausgedient. Hier gilt es für die Unternehmen, sich rechtzeitig auf geändertes Konsumverhalten einzustellen.

Chancen für die Sparkassen als Partner des Mittelstands

Die weltweit operierenden Großkonzerne beginnen sich also schon heute auf den Klimawandel einzustellen. Diese sind aber seit jeher nicht die Klientel der Sparkassen. Es sind hauptsächlich der Mittelstand und kleine Betriebe, denen die Sparkassen als Partner zur Seite stehen. Diesen fehlen zumeist die betrieblichen Ressourcen, ein Risikomanagement aufzubauen, welches sich mit möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Geschäftsfeld beschäftigt. Hier besteht für die Sparkassen die Möglichkeit, mit ihrem großen Netzwerk an Spezialisten ein kompetenter Ratgeber für die Firmenkundschaft zu sein. Gemeinsam mit dem Kunden müssen im Rahmen einer umfassenden Analyse des Unternehmens zukünftig auch Faktoren wie z.B. Standort der Produktionsstätten (Hochwassergefährdung, Sturmfestigkeit der Gebäude), Emissionswerte und Ressourcenverbrauch bei der Produk-



tion mit dem Kunden besprochen oder Produktlinien unter Emissions- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten eingeschätzt werden. Gemeinsam können dann individuelle Konzepte erarbeitet werden, welche Maßnahmen umgesetzt werden müssen um das Unternehmen optimal auf kommende Veränderungen vorzubereiten.

Existenzgründungen und Projektfinanzierungen

Bereits heute arbeiten schätzungsweise 1,5 Millionen Deutsche in der Umweltschutzbranche, oft bei kleinen oder mittelständischen Unternehmen. Man geht davon aus, dass sich diese Zahl in den nächsten 10 Jahren nahezu verdoppeln könnte, denn der Umweltsektor wird als der Wachstumsmarkt der Zukunft schlechthin angesehen. In diesem Bereich sind die Sparkassen schon seit Jahren mit Erfolg tätig, wie das Beispiel der ersol Solar Energy AG zeigt. In 2005 wurde dieses Unternehmen von der Die Sparkasse Bremen AG als Mitglied eines Konsortiums an die Börse gebracht und

auch heute ist man dem Unternehmen über die nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH noch sehr verbunden. Der Anstieg der Mitarbeiterzahl von 100 auf 500 (2002-2007) sowie ein gesteigerter Umsatz von EUR 17,0 Mio. in 2002 auf EUR 127,8 Mio. in 2006 machen deutlich, wie wichtig bei dieser Dynamik kompetente Finanzberater sind, die Existenzgründungen und Projektfinanzierungen in geordnete Bahnen lenken können. Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass es sich für die Sparkassen mit ihren Verbundpartnern lohnen kann, sich weiter verstärkt in diesem Sektor zu engagieren.

Handel mit CO₂-Emissionsrechten

Schon heute gibt es in den USA und in Europa die ersten „Klimabörsen“ wie z.B. die CCX in Chicago, die ECX in Amsterdam oder die EEX in Leipzig, an denen sogenannte „Certified Emission Reductions“ (CER) gehandelt werden. Dies sind Zertifikate oder Gutschriften von UNO-Behörden, die an Länder für die erfolgreiche Ausführung von Klimaschutzprojekten (zum Beispiel Aufforstung) ausgegeben werden. Dieser Handel mit Verschmutzungsrechten ist ein marktbasierter Ansatz zum Erreichen von Umweltzielen im Rahmen der Klimaschutzprotokolle. Staaten und Unternehmen, die Emissionen stärker als erforderlich gesenkt haben, können so aus den überschüssigen Reduktionen Kapital schlagen. Da auch kleine und mittelständische Unternehmen eventuell solche CER's erwerben müssen (oder verkaufen können), sollten sie die politischen Vorgaben zur Reduktion von CO₂-Emissionen nicht einhalten können (oder die Vorgaben übererfüllen), bietet sich hier eine weitere Möglichkeit für die Sparkassen als Hausbank des Mittel-

stands. Sie können als Marktmittler die Transaktionen für ihre Kunden übernehmen.

Marktchancen im Privatkundenbereich

Während es im Firmenkundenbereich für die Sparkassen hauptsächlich um Risikomanagement geht, können sich im Privatkundensektor für die Sparkassen sowohl durch neue Produkte als auch im Imagebereich Möglichkeiten ergeben, sich von Wettbewerbern positiv abzuheben. Im Produktbereich sind die ersten Anfänge gemacht, so bietet z.B. die Deka-Bank mit dem Fonds „Deka-Umweltinvest“ Anlegern die Möglichkeit, ihr Geld gezielt in Firmen zu investieren, die in den Themenfeldern Klimaschutz, Umweltschutz, Wasser und erneuerbare Energien tätig sind. Aber auch klassische Sparkassenprodukte können schnell zu einem neuen Angebot erweitert werden, mit dem das „grüne Gewissen“ der Kundschaft angesprochen wird. Beispiele könnten sein:

- Bepreisung des Girokontos mit integriertem Spendenanteil an eine Umweltorganisation
- Klimaschutzsparkonten mit Bonuszins, der für die Finanzierung regionaler Umweltprojekte verwendet wird
- Sonderkreditprogramme mit extra günstigem Zinssatz bei Umrüstung von Fahrzeugen auf Hybridantriebe oder Neukauf von Elektrofahrzeugen
- Tarife bei Verbundversicherern, deren Preis sich teilweise nach den Emissionswerten richtet etc.

Mit ein wenig Überlegung lassen sich sicher noch viele weitere Beispiele finden, mit denen die Sparkassen ihren Kunden die Möglichkeit geben können, aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Im Imagebereich ist es deutlich schwieri-

ger für Sparkassen, sich der Kundschaft gegenüber ökologischer als die Wettbewerber darzustellen. Da Banken Dienstleister sind, deren Produktpalette keinerlei direkte Emissionen und auch nur wenig Ressourcen verbraucht, sollten Werbekampagnen auch genau an dieser Tatsache festmachen und das Verantwortungsbewusstsein der Sparkassen als Vorbild stärker herausstellen.

So lässt sich zum Beispiel damit werben, dass bei der Renovierung einer Filiale darauf geachtet wurde, besonders ökologische Baumaterialien zu verwenden. Oder die Sparkassen berücksichtigen bei der Neugestaltung eines Gebäudes Energieeffizienz und bewerben die Zertifizierung als Passivhaus. Weiterhin könnten die Sparkassen neben Immobilien- und Wertpapiertagen, die bei vielen Sparkassen

inzwischen jährlich stattfinden, auch Umwelttage mit regionalen Firmen organisieren, die im Bereich der Umwelttechnik tätig sind. Und als dritter großer Bereich könnten die Sparkassen in Zukunft ihr Sponsoring im Bereich des Umweltschutzes stärker herausstellen, und damit ihre soziale regionale Verantwortung noch eindeutiger präsentieren.

Es gibt also neben einigen zu beachtenden Risiken durch den Klimawandel auch viele Möglichkeiten, sich als Institut, dem die Umwelt am Herzen liegt, zu profilieren. Dabei dürften diejenigen den größten Erfolg haben, die ihre Ideen am schnellsten umsetzen. Die Freien Sparkassen haben auch hier die Chance, als Pioniere für das Sparkassenlager und das deutsche Bankenwesen vorneweg zu marschieren.



Der Verband der spanischen Sparkassen

Im Jahr 1928 wurde auf eine Initiative der Basken-Navarro-Sparkassen der Verband der Spanischen Sparkassen, die Confederation Española de Cajas de Ahorros, kurz CECA, gegründet.

Das Gründungsziel war, die Kräfte der Mitglieder zu vereinen und als eine geschlossene Einheit in den verschiedenen Foren zu agieren.

Aktuell ist die CECA als Spitzeninstitut für 45 spanische Sparkassen tätig und besitzt gleichzeitig selbst eine Lizenz als Vollbank. Sie unterstützt die Spar-

sprachen denen unserer Sparkassenidee: den armen Bevölkerungsschichten sollte die Möglichkeit gegeben werden, Sparvermögen zu bilden und die eigenen Lebensumstände zu verbessern. Die Einlagen wurden für das Kreditgeschäft von Pfandleihen - Montes de Piedad - verwendet, die später oftmals in den Cajas aufgingen.

In der Folge wurden die Geschäftstätigkeit und die Gewinnverwendung stark reglementiert. Im Einlagengeschäft wurde der Zinssatz vorgeschrieben, auf der Aktivseite die Gewährung von Krediten für kommerzielle Investitionsvor-

Wir stellen vor

kassen in doppelter Hinsicht: einerseits vergleichbar den Verbänden in Deutschland mit beratenden und konzeptionellen Aufgaben und andererseits als Anbieter von diversen operativen und technologischen Dienstleistungen.

Geschichte der spanischen Sparkassen

Die spanischen Sparkassen entstanden ähnlich wie die deutschen Anfang des 19. Jahrhunderts als private Initiativen. Die erste Sparkasse, die Caja de Ahorros wurde 1838 von wohlhabenden Madrider Bürgern gegründet, nachdem die spanische Krone dazu aufgerufen hatte, in allen Provinzen die Gründung solcher Cajas zu fördern. Auch ihre Ziele ent-



haben untersagt. Für die Gewinne wurde eine 80%ige Thesaurierungspflicht vorgeschrieben, der restliche Gewinn musste für wohltätige Aufgaben in der Gemeinde und für Prämien an Sparer verwendet werden. Schließlich wurden die Cajas zu wohltätigen Einrichtungen erklärt und die Leitung einem Gremium übertragen, dessen Mitglieder durch die nationale oder regionale Verwaltung ernannt wurden.



Die Zeit der Liberalisierung

Erst 1977 im Zuge der Demokratisierung Spaniens setzten die neuen politischen Kräfte eine Liberalisierung der Wirtschaft durch, die auch für die Cajas einen größeren wirtschaftlichen Handlungsspielraum bedeutete. Sie wurden in ihrer Geschäftserlaubnis den Banken gleichgestellt. Ihnen wurden alle typischen Bankgeschäfte erlaubt und die Organe wurden reformiert, so dass die Sparkassen auf dem liberalisierten Markt im Wettbewerb agieren konnten. Allerdings wurden noch keine ausländischen Kreditinstitute auf dem spanischen Markt zugelassen. Die spanischen Cajas de Ahorros werden als private Stiftungen ohne Gewinnerzielungsabsicht geführt; ihre Überschüsse nach Steuern fließen nach mindestens hälftiger Zuführung zu den Rücklagen gemeinnützigen Projekten zu. Sie können nicht durch Kauf übernommen werden, allerdings können sie Anteile anderer Unternehmen erwerben.

Sparkassen untereinander könnten fusionieren, doch verzichteten die regionalen Verwaltungen bisher kaum auf ihre Einflussnahme. Somit kommt es faktisch nicht zu Fusionen.

Im Jahr 1988 wurde schließlich das Regionalprinzip aufgehoben, was insbesondere die großen Sparkassen zur Entwicklung eines landesweiten Filialnetzes nutzen. Allein in Madrid sind heute ca. 20 Sparkassen vertreten.

Obwohl die Verwendung des Gewinns nicht reglementiert ist, sind die Cajas bestrebt, ihn jeweils in der Region gemeinwohlorientiert einzusetzen, in der er auch entstanden ist.

So wird Widerstand gegen eine Ausweitung des Geschäftsgebietes aus Angst um den Verlust von Gewinnzuweisungen weitgehend vermieden. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, dass erst der Wettbewerb untereinander den Erfolg der Sparkassen beflügelt hat.

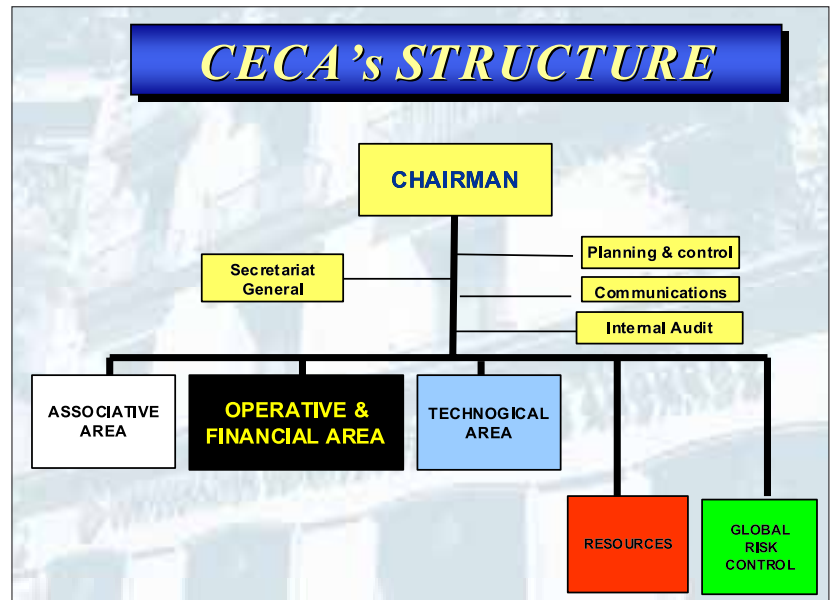


Die Geschäftspolitik der Cajas

Spanien ist in 17 autonome Regionen aufgeteilt, die ihren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Sparkassen über die Zusammensetzung der Gremien intensiv wahrnehmen. Die Sparkassen nehmen im Alltag der Menschen ihrer Region ganz bewusst eine andere Rolle ein als bei uns: es gibt eher viele kleine Filialen (3-5 Mitarbeiter), die als Kommunikations- und Begegnungsstätten fungieren. Die Beziehung zwischen Kunden und Beratern besteht über viele Jahre, der Kunde berichtet über persönliche und familiäre Ereignisse und Abschlüsse finden dabei „en passant“ statt. Filialschließungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen finden so gut wie gar nicht statt. Eine solche Geschäftspolitik setzt voraus, dass die Prozesse innerhalb der Filialen / Sparkassen außerordentlich gut organisiert und hoch produktiv gestaltet sein müssen. Hierzu ist die Unterstützung durch die CECA eine grundlegende Voraussetzung.

Die Rolle der CECA

Der gesamte spanische Sparkassen-sektor - das Tätigkeitsfeld der CECA - ist ähnlich strukturiert wie der deutsche. In 12 Regionalverbänden unterhalten die 45 Sparkassen 23.610 Filialen mit ca. 124.000 Mitarbeitern. Die Filialdichte ist mit einer Filiale pro 1000 Einwohnern doppelt so hoch wie in Deutschland. Das Selbstverständnis der CECA basiert auf zwei zentralen Aufgabenstellungen. Die erste ist, den Sparkassen-sektor gegenüber der Bank of Spain, dem Finanzministerium, zentralen Behörden, der Aufsicht und internationalen Organisationen zu repräsentieren. Eine weitere zentrale Aufgabe ist es, zentralisierte Services anzubieten:



operative Dienstleistungen, Finanz- und technische Leistungen und Rechts- und Steuerberatung für ihre Mitglieder.

Die von der CECA angebotenen operativen Dienstleistungen sind: zentralisiertes Clearing, zentrale Koordination des Auslandsgeschäftes, Wechseldiskont, landesweiter Kurierservice, Inlands- und Auslandstresury, individuell entwickelte Finanzprodukte, Geld- und Kapitalmarktaktivitäten, Corporate Finance, Absicherung von Handelsgeschäften. Allein im Bereich Treasury unterhält die CECA international ca. 2.000 Korrespondenten. Über ihre Niederlassung in London und ihre Repräsentanz in Hong Kong ist die CECA fähig, vor Ort mit speziellem Know How und landeskundiger Vertretung den spanischen Sparkassen hochwertige Unterstützung auch im internationalen Geschäft zu bieten. Noch nicht angeboten wird die Abwicklung der Backoffice-Tätigkeiten im Kreditgeschäft. Die technischen Services umfassen ein komplettes Zahlungsverkehrsnetz mit 33.187 Geldautomaten und 36,7 Mio

ausgegebenen Karten. Die CECA fungiert als Mittler zwischen Eufiserv und den internationalen Kreditkartensystemen und sie bietet ein breites Spektrum an technischen Produkten über das von Ihr unterhaltene Portal an: Brokerage, Home Banking, persönliche Finanzberatung und e-Marketing. Rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr.

Das Angebot der CECA an Beratungsleistungen ist sehr breit aufgestellt. Die Sparkassen können von Ihrer CECA Leistungen in folgenden Tätigkeitsfeldern abfordern: Management-Statistiken und Analysen, Aufbereitung und Bewertung gesetzlicher Vorschriften, Rechtsberatung, Unterstützung bei Geschäftsbeziehungen nach Lateinamerika und ins europäische und nicht-europäische Ausland.

Das Angebot an Dienst- und Beratungsleistungen entwickelt sich rasant und orientiert sich an den Herausforderungen des Marktes. Die spanischen Cajas haben jederzeit die Möglichkeit, diese Leistungen nicht bei der CECA einzukaufen, sondern am freien Markt. Dies hat den Vorteil, dass die Produktivität des CECA-Angebotes ständig an der der Wettbewerber gemessen wird und sogar dazu führt, dass Wettbewerber die Leistungen ebenfalls von der CECA beziehen. Somit profitieren Mitglieder wie Wettbewerber von den Skaleneffekten größerer Volumina, als die Sparkassen sie alleine generieren könnten.

Kooperation und Wettbewerb

Aus deutscher Sicht beeindruckend ist dieses Nebeneinander von gemeinsamer Strategie einerseits und Wettbewerb untereinander andererseits. Als Verband und oberstes gemeinsames Organ entwickelt die CECA, gesteuert und priorisiert über die Gremien, Kon-



zepte und Strategien für alle spanischen Sparkassen gemeinsam, die diese wiederum im Wettbewerb - auch gegeneinander - einsetzen.

Die spanischen Sparkassen und ihr Spitzeninstitut CECA zeigen sich in dieser Konstruktion optimal aufgestellt für die Herausforderungen ihres Marktes. Die Tatsache, dass sie von ihren Wettbewerbern seit Jahren Marktanteile hinzugewinnen, zeigt die Richtigkeit und Effizienz des eingeschlagenen Weges. Sowohl auf DSGVO-Ebene wie auch über den Erfahrungsaustausch im Rahmen des Europäischen Forums für Kooperationsmodelle des Freien Verbandes bestehen vielfältige Möglichkeiten, gegenseitig von erfolgreichen Strategien und Produkten zu profitieren.

Die Arbeitstagung und Mitgliederversammlung der Freien Sparkassen fand im September 2006 auf Einladung der Hamburger Sparkasse AG in Hamburg statt. Auch in diesem Jahr konnten wieder viele Gäste unserer außerordentlichen Mitgliedsinstitute aus Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, der Schweiz und Spanien begrüßt werden.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Herrn Dr. Karl-Joachim Dreyer, Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG, folgte traditionell der Lagebericht des Präsidenten des Verbandes.



Präsident Jürgen Oltmann und Gastgeber Dr. Karl-Joachim Dreyer mit den Gastrednern Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitutes (I) und Prof. Dr. Michael Göring, Vorsitzender des Vorstandes der Zeit Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Aufgaben werden in Kooperationsunternehmen gebündelt. Mit der Norddeutschen Retail-Service AG (NRS), die ihr operatives Geschäft im Juli 2006

Verbandstagung



In seinem Bericht ging Herr Oltmann insbesondere auf die Ertragslage der Freien Sparkassen und die schärfer werdende Konkurrenzsituation im deutschen Bankenmarkt ein. Besonders die Tochterunternehmen ausländischer Großbanken dringen mit Kampfbedingungen auf den deutschen Markt und auch die deutschen Großbanken haben das lange verschmähte Privatkundengeschäft für sich wiederentdeckt. Herr Oltmann betonte, dass deshalb alle Kräfte auf den Vertrieb konzentriert werden und die Sparkassen konsequent zu Vertriebs Sparkassen entwickelt werden müssen. Gleichzeitig sollen sie so weit wie möglich von allen Marktfolge-, Service- und Stabsleistungen entlastet werden. Diese kundenfernen

aufgenommen hat, steht den Sparkassen ein leistungsstarker Partner zur Seite, um die Sparkassen von den sogenannten Back-Office Aufgaben zu entlasten. Im Anschluss an den Lagebericht des Präsidenten sprachen Vertreter der außerordentlichen Mitglieder Grußworte. Zunächst warb Herr Dr. Schneider, stellv. Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), um Zusammenhalt in der Sparkassenfinanzgruppe. Insbesondere im Hinblick auf das anstehende Bieterverfahren über die Landesbank Berlin sollte die Gruppe Geschlossenheit demonstrieren. Anschließend berichteten Herr Mag. Hochegger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Herr Dr. Häcki, Vorsitzen-

der des Vorstandes der AEK Bank 1826 Thun aus der Schweiz, Herr De Vicente, Repräsentant des spanischen Sparkassenverbandes CECA, Herr Hannestad, General Manager der Sparebanken SÖR aus Norwegen und Herr Jonsson vom Sparbankernas Riksförbund aus Schweden über die aktuelle sparkassenpolitische Entwicklung in Ihren Heimatländern sowie die aktuellen Herausforderungen der dortigen Sparkassen.

Auch im Jahr 2006 konnten wieder namhafte Persönlichkeiten als Gastreferenten für unsere Tagung gewonnen werden. Herr Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitutes, referierte über das Thema "Migration in Europa - kein Grund zur Sorge" und Herr Prof. Dr. Michael Göring, Vorstandsvorsitzender der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, hielt einen Vortrag über das Thema "Zukunft gestalten: Stiftungen als Motor für Innovationen".

Die Hansestadt Hamburg zeigte sich während der gesamten Tagung mit strahlender Sonne von ihrer attraktivsten Seite, so dass die Teilnehmer während des Rahmenprogramms auch einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Stadt und ihrer Häfen gewinnen konnten.

Abschließend ist festzustellen, dass die Veranstaltung bei den Teilnehmern einen guten Anklang fand. Wie schon in den vergangenen Jahren war auch die Arbeitstagung in Hamburg eine Plattform für den Austausch von Informationen und Meinungen und auch die Beiträge der Festredner regten zu einer intensiven Diskussion an. Den vertretenen Journalisten wurden die Positionen der Freien Sparkassen in einem Pressegespräch verdeutlicht. Dies rief ebenfalls ein positives Echo in den regionalen und überregionalen Medien hervor.



v.l.: Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG, Jürgen Oltmann, Präsident des Verbandes der Freien Sparkassen und Vorsitzender des Vorstandes der Die Sparkasse Bremen AG, Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren, stellv. Vorsitzende des Vorstandes der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Dr. Karl-Joachim Dreyer, Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG, Dr. Markus Limberger, Sprecher des Vorstandes der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich Bank aktiengesellschaft, Mag. Alois Hochegger, Präsident des Oesterreichischen Sparkassenverbandes, Dr. Hans Ullrich Schneider, stellv. Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Mag. Michael Ikrath, Generalsekretär des Oesterreichischen Sparkassenverbandes

Breitgefächertes Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ - kurz Verband der Freien Sparkassen - hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

Sparkassen zusammenschlossenen Institute repräsentiert ca. 6,5 % des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland. Auf Grund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig gewissen Regelungen unterworfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen. Trotz dieser Unterschiede sind die

Verbandsaufgaben

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2006 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sieben freie Sparkassen. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien Sparkasse mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging. Die Gruppe der im Verband der Freien

Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglieder des DSGV, da sie - wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungs-gestaltung - die gleichen aufgaben- und gemeinwohlorientierten Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Gemeinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen in ihrer Region zu verstehen.

Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüber-



schreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 36 Freie Sparkassen aus neun europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen. Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen. Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von

grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen erforderlich sind. Auf Grund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten Mitgliedsinstitute zurückgreifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Konjunkturaufschwung in 2006

Die deutsche Wirtschaft kann auf ein erfolgreiches Jahr 2006 zurückblicken. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im vergangenen Jahr um 2,5 % und lag damit deutlich über dem Vorjahreswachstum (0,9 %). Damit hat die deutsche Wirtschaft zum Durchschnitt der Eurozone aufgeschlossen und entwickelte sich im Vergleich zu den beiden anderen großen Volkswirtschaften Frankreich (+1,9 %) und Italien (+1,7 %) deutlich dynamischer.

Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren kamen die Wachstumsimpulse in 2006

Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung gewesen sein, denn die Bundesbürger leisteten sich vor allem hochpreisige und langlebige Wirtschaftsgüter wie z.B. Möbel, Kfz und Handwerksleistungen, während die Umsätze im klassischen Einzelhandel weiter rückläufig waren.

Der Außenhandel entwickelte sich auch im vergangenen Jahr positiv. Die Außenhandelsbilanz schloss im November 2006 mit einem Rekordüberschuss von 18,5 Mrd. EUR ab. Dabei gewinnt der Außenhandel mit Russland, China sowie den neuen Mitgliedsstaaten der EU

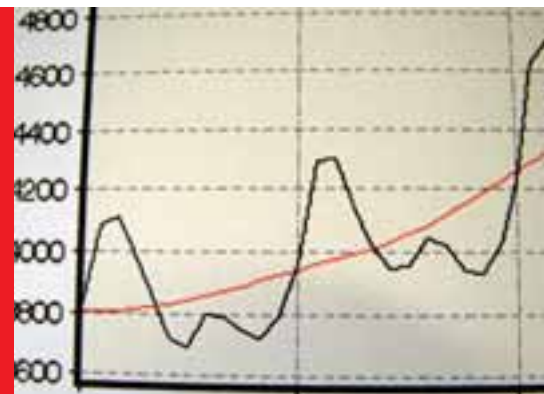
Verbandsentwicklung

vor allem aus dem Inland. Die Binnennachfrage trug 1,9 % zum BIP-Wachstum bei und damit mehr als doppelt soviel wie der Außenbeitrag (0,8 %). Dabei handelte es sich in erster Linie um Anlageinvestitionen, die so stark wie nie seit der Wiedervereinigung anstiegen. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastungen (4. Quartal 2006: 87 %) spielten hier verstärkt Erweiterungsinvestitionen eine Rolle, zumal Ende 2007 günstige Abschreibungsbedingungen wegfallen werden.

Zusätzlich gaben die privaten Verbraucher ihre Kaufzurückhaltung teilweise auf und gaben nominal 2,0 % mehr Geld für den privaten Konsum aus. Hauptgrund für den vermehrten Konsum dürften die

immer mehr an Bedeutung, sowohl Im- als auch Exporte stiegen im vergangenen Jahr mit knapp 20 % deutlich gegenüber dem Durchschnitt mit anderen Handelspartnern (12 %).

Bis weit ins Jahr 2006 hinein reichten die Belastungen aus den hohen Energiepreisen. Der Ölpreis stieg im Spätsommer auf neue Rekordstände von über 75 US-Dollar pro Barrel. Bis Jahresende hatte er sich dann wieder auf unter 60 Dollar beruhigt und lag damit wieder auf dem Stand wie zu Jahresbeginn. Trotz dieser Belastung aus den Ölpreisen konnte die Inflation auf Verbraucherebene unter Kontrolle gehalten werden, sie lag in Deutschland bei 1,7 % nach 2,0 % im Vorjahr.



Um den Preissteigerungsgefahren Rechnung zu tragen und um die in den Vorjahren geschaffene und in 2006 weiter gewachsene Liquidität zu begrenzen, hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen in 2006 insgesamt fünf mal um jeweils einen Viertel Prozentpunkt erhöht. Der Referenzwert von +4,5 % Geldmengenwachstum in der Eurozone wurde mit +9,3 % zwar trotzdem erneut überschritten, dennoch sieht die EZB bei einer europaweiten Inflationsrate von 2,2 % Preisstabilität als gegeben an. Erfreulicherweise machte sich der anhaltende Konjunkturaufschwung auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Dezember 2006 waren mit 4,0 Millionen Menschen fast 600.000 Menschen weniger arbeitslos als noch im Dezember 2005. Die Quote sank im Dezember von 11,1 % im Vorjahresmonat auf 9,6 %. Erstmals seit mehreren Jahren stieg auch wieder die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 392.000 im Jahresverlauf. Da mit einer Größenordnung von 600.000 auch die Zahl der offenen Stellen fast 50 % über dem Vorjahresniveau liegt, könnte eine Trendwende am Arbeitsmarkt eingesetzt haben.

Auch die Finanzpolitik profitierte in 2006 massiv von dem gefestigten Aufschwung. Durch die gute Ertragslage vieler Unternehmen sprudelten mehr Steuereinnahmen in die maroden Staatskassen als erwartet, und die vielen neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stützten das Beitragsvolumen zur Sozialversicherung und entlasteten dadurch die Ausgabenseite des Bundes. So konnte im Berichtsjahr das Defizit im staatlichen Finanzierungssaldo bereits vor den Steuererhöhungen in diesem Jahr abgebaut werden. Dadurch und durch

die deutlich besser als erwartete Konjunktur konnte erstmals nach 4 Jahren der Verletzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Folge wieder ein Haushalt präsentiert werden, der mit 2 % des Bruttoinlandsproduktes unter der Obergrenze blieb.

Aktienmärkte in 2006 weiter im Aufwind

Die deutschen Börsen begannen das Jahr 2006 holprig. Erst Mitte Januar nahmen DAX und MDAX Fahrt auf und markierten mehrjährige Höchststände. Nachdem im Mai der starke Anstieg der Ölpreise ein heftiges Kursgewitter ausgelöst hatte, setzte sich im Spätsommer der Kursaufschwung aus 2005, gestützt durch weitgehend erfreuliche Unternehmensberichte und angehobene Konjunkturprognosen, weiter fort. Als dann im Herbst auch der Ölpreis unter Druck geriet, wurden die ohnehin stark ausgeprägten Wachstumserwartungen weiter genährt.

Das inländische Aktiensegment zählte zu den bevorzugten Anlageregionen. So konnten der DAX mit 17,7 % als auch der MDAX mit 20,9 % Kursgewinne erzielen, die über dem Durchschnitt der großen Kapitalmärkte lagen.

Auch in Europa setzte sich der Trend der letzten Jahre fort. Der EuroStoxx 50 konnte in 2006 um 12,4 % zulegen; damit war die Performance im Euroraum ebenfalls sehr positiv.

Die US-Indizes schnitten in 2006 erheblich besser ab als noch 2005. Aufgrund schwächerer Konjunkturdaten verstärkten sich im Spätsommer die Hoffnungen, die US-Notenbank könne angesichts gedämpfter Inflationserwartungen die amerikanischen Leitzinsen relativ zeitnah wieder senken. Daraufhin setzte der Dow Jones Industrial Index zum Höhenflug an und über-

wand Ende September die bisherige historische Höchstmarke. Er legte im Jahresverlauf um 14,1 % zu. Berechnet man die Kursgewinne allerdings unter Berücksichtigung der Dollarschwäche, so sieht die Performance mit nur noch 2,3 % deutlich schwächer aus.

Verlierer in 2006 war der im Vorjahr so starke asiatische Raum, allen voran der Nikkei 225. Der japanische Aktienindex verharrte mit -0,2 % fast auf Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der Yen-Schwäche erlitt der Aktienmarkt allerdings mit -9,1 % (auf EUR-Basis) deutliche Einbußen.

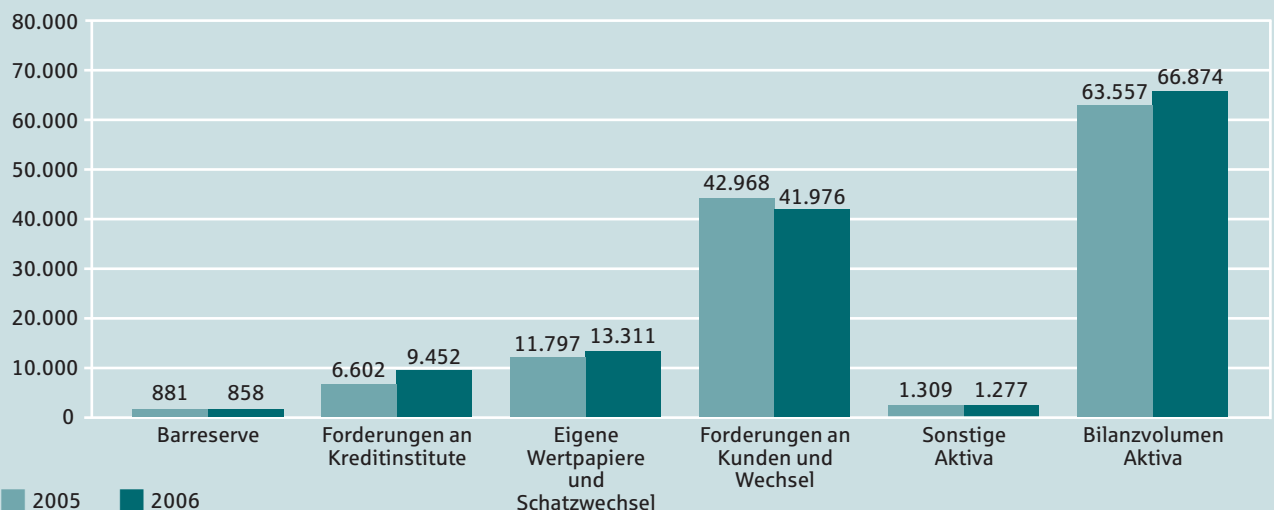
Der Rentenmarkt blickt hingegen auf ein enttäuschendes Jahr zurück. Konnte die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe zu Beginn des Jahres zunächst deutlich auf knapp über 4,0 % ansteigen, so gab sie im Zuge der in den USA aufkommenden Zinssenkungshoffnungen im dritten Quartal jedoch wieder nach und pendelte sich schließlich um 3,75 % ein. Damit blieben die Langfristrenditen per Saldo auf einem niedrigen Niveau, trotz mehrfach erhöhter europäischer Leitzinsen und nach oben korrigierter

Konjunkturprognosen. Dies ist auf die immer noch sehr üppige Liquiditätsausstattung des Marktes, das geänderte Anlageverhalten institutioneller Investoren sowie auf die anhaltend hohe Risikoaversion der Privatanleger zurückzuführen. Daher war die Performance des Deutschen Rentenindex REX P mit 1,1 % im Gesamtjahr 2006 eher enttäuschend.

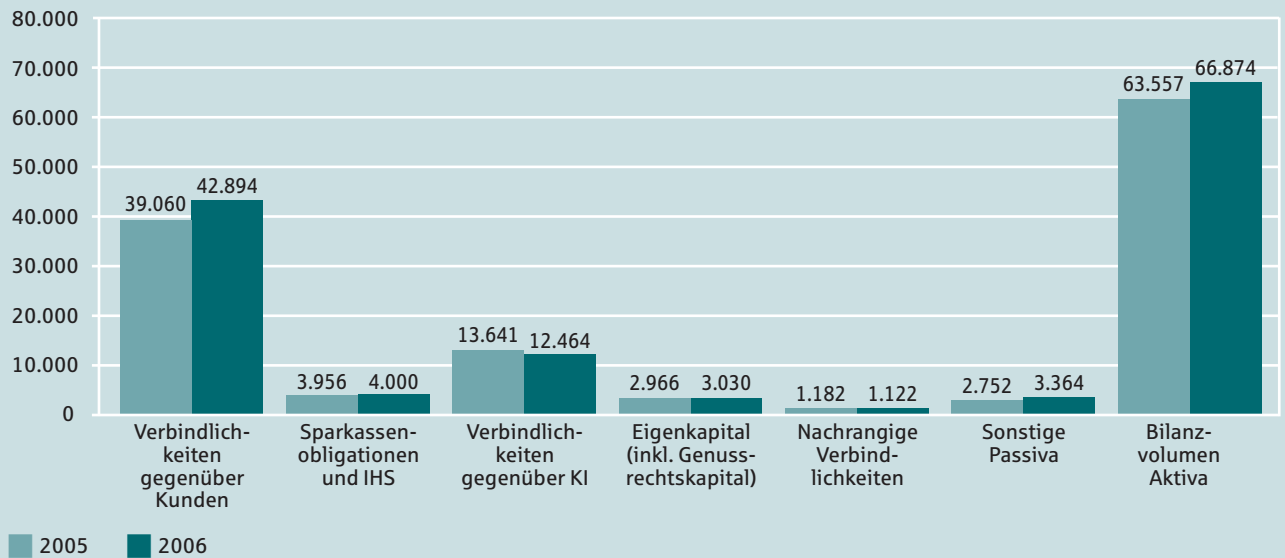
Starkes Bilanzsummenwachstum

Die kumulierte Bilanzsumme der Freien Sparkassen in Deutschland ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 3,3 Mrd. EUR oder 5,2 % auf 66,9 Mrd. EUR gestiegen. Auf der Aktivseite wurden die Barreserven (Kassenbestand und Guthaben bei der Zentralnotenbank) der Freien Sparkassen um weitere 22,8 Mio. EUR (-2,58 %) auf nunmehr 858 Mio. EUR verringert. Der Wegfall der Eigenheimzulage seit dem 1.1.2006 und weiter steigende Zinsen sorgten dafür, dass das Neufinanzierungsgeschäft die rückfließenden Kreditmittel nicht ausgleichen konnte. Die Forderungen an Kunden nahmen um 1 Mrd. EUR ab, ein Rückgang um 2,4 %

Bilanzvolumen Aktiva (in Mio. EUR)



Bilanzvolumen Passiva (in Mio. EUR)



gegenüber dem Vorjahr. Dafür stiegen die Forderungen an Kreditinstitute um mehr als 2,8 Mrd. EUR, ein prozentualer Anstieg von 43,16 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Auch der Wertpapierbereich legte nochmals um knapp 25 % zu. Während der Eigenbestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren mit 5,9 Mrd. EUR nahezu unverändert blieb (-0,26 %), konnte im festverzinslichen Bereich erneut ein Anstieg von 1,5 Mrd. EUR verzeichnet werden, was einer Steigerung von 25 % entspricht.

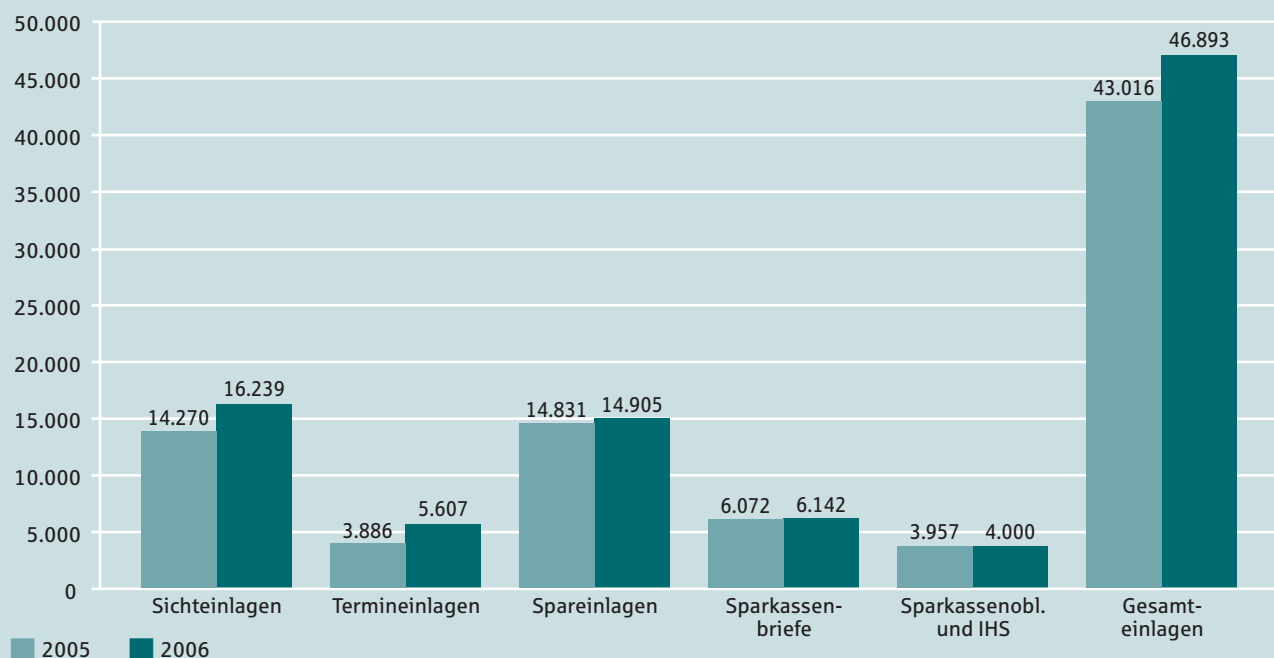
Die Erhöhung der Passivseiten der Bilanzen der Mitgliedsinstitute resultierte aus einer deutlichen Zunahme der Kundeneinlagen. Diese konnten um fast 10 % (9,81 %) auf 42,9 Mrd. EUR gesteigert werden, ein Zuwachs um 3,8 Mrd. EUR. Durch diesen enormen Anstieg konnten die Mitgliedssparkassen ihre teureren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Mrd. EUR reduzieren, ein Minus im Vergleich zum Vorjahr von 8,63 %. Auch die zum haftenden Eigenkapital

zählenden teuren Refinanzierungsarten Genussrechte und nachrangige Verbindlichkeiten konnten verringert werden. Genussrechte nahmen um 34,5 Mio. EUR (13,59 %) ab, die nachrangigen Verbindlichkeiten konnten um 59,9 Mio. EUR (5,07 %) reduziert werden. Die aus verdienten Geldern gespeiste Eigenkapitaldecke der Mitgliedsinstitute konnte dagegen um weitere 98,7 Mio. EUR gestärkt werden, ein Plus von 3,64 % im Vergleich zum Vorjahr.

Einlagenentwicklung sehr erfreulich

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich die Mitgliedsinstitute gegenüber Direktbanken und Geschäftsbanken, die das Privatkundensegment wieder für sich entdecken, gut behauptet. Das Gesamtvolumen der von Kunden hereingenommenen Gelder einschließlich Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen stieg deutlich um fast 3,9 Mrd. EUR auf nunmehr 46,9 Mrd. EUR, ein Plus von 9 %. Der Trend, diese Gelder kurzfristig

Gesamteinlagen (in Mio. EUR)



verfügbar zu halten, ist weiter ungebroschen.

Das Volumen der Sichteinlagen erhöhte sich mit annähernd 2 Mrd. EUR (+13,8 %) weiterhin überdurchschnittlich.

Zusätzlich konnten durch weiter steigende Zinsen im Berichtsjahr Termineinlagen nach Jahren erstmals wieder zulegen. Sie nahmen um über 1,7 Mrd. EUR (+44,3 %) auf 5,6 Mrd. EUR zu.

Unterdurchschnittlich entwickelte sich abermals der Bereich der Spareinlagen. Mit lediglich 0,5 % Zuwachs blieben sie annähernd auf Vorjahresniveau.

Auch der Bereich der eigenemittierten festverzinslichen Wertpapiere konnte nur marginal zulegen. Der Bestand an ausgegebenen Sparkassenbriefen nahm um 70 Mio. EUR (+1,15 %) zu, bei börsennotierten Sparkassenobligationen und Inhaberschuldverschreibungen zeichnete sich mit einem Zuwachs von 43 Mio. EUR oder 1,09 % ein ähnliches Bild ab.

Private Ersparnisbildung bei den Freien Sparkassen gestiegen

Obwohl die Bundesbürger im vergangenen Jahr mit einer Sparquote von 10,5 % (2005 : 10,6 %) erstmals seit Jahren wieder etwas mehr von ihrem verfügbaren Einkommen ausgegeben haben, legte die private Ersparnisbildung bei den Freien Sparkassen weiter deutlich zu. Wertpapiere waren weiterhin gefragt, allerdings führten die hohen Aktienkurse dazu, dass im Laufe des Jahres erste Gewinne realisiert wurden und das Geld in andere Anlageformen umge-

Private Ersparnisbildung (in Mio. EUR)	2005	2006
Spareinlagen	- 103,9	48,9
Eigenemissionen ¹⁾	- 640,0	- 46,4
Tagesgelder (verzinslich)	643,3	1716,3
Termineinlagen	- 200,7	455,2
bilanzwirksame Ersparnisse	- 301,3	2.174,0
Wertpapiere	717,5	359,2
Gesamtersparnis	416,2	2533,2

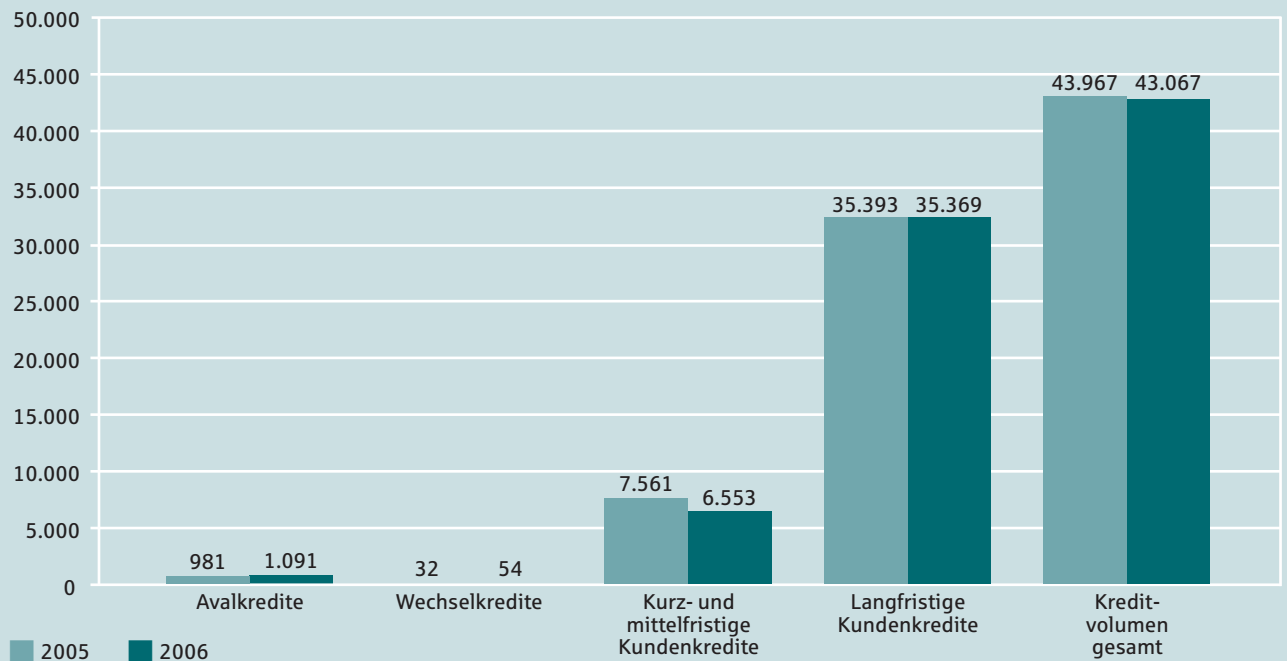
¹⁾ inkl. „mit Nachrang“

schichtet wurde. Der Schock aus dem Jahr 2000 sitzt wohl noch sehr tief, obwohl die Kurssituation in 2006 nicht mit der damaligen zu vergleichen ist. So erreichten die Umsätze der Mitgliedsinstitute ein neues Rekordhoch mit einem Volumen von 13,2 Mrd. EUR (Vorjahr 12 Mrd. EUR). Die Depot-B-Bestände der Freien Sparkassen wurden durch die Kunden um weitere 359,1 Mio. EUR aufgestockt, was aber nach 717,5 Mio. EUR in 2005 eine Halbierung des Zuwachses darstellte. Ungebrochen ist der Hang der Privatkundschaft, ihr Geld in liquiden, schnell verfügbaren Anlageformen zu platzieren. Die Guthaben auf den Tagesgeldkonten erhöhten sich um mehr als 31 % oder 1,7 Mrd. EUR auf nunmehr 7,1 Mrd. EUR. Allerdings wurden diese Mittel nicht wie in der Vergangenheit aus den Termingeldern oder fällig gewordenen Eigenemissionen umgeschichtet, sondern sie wurden den Mitgliedsinstituten als neue Mittel zur Verfügung gestellt. Die Termineinlagen erhöhten sich mit über 33 % ebenfalls sehr deutlich, das Einlagevolumen konnte hier um 455 Mio. EUR auf 1,8 Mrd. EUR gesteigert werden. Eigenemissionen nahmen hingegen leicht um 1,4 % ab, die Bestände verringerten sich hier um 46,5 Mio. EUR. Da auch die Spareinlagenbestände als für die Sparkassen so wichtige Refinanzierungsquelle mit 0,3 % oder einer betragsmäßigen Steigerung von 48,9 Mio. EUR gehalten werden konnten, wurden die Anstrengungen der Mitgliedsinstitute, ihre Kunden weiter an sich zu binden, belohnt.

Kreditvergabe an Privathaushalte rückläufig

Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass das Gesamtvolumen der von den Instituten vergebenen Kredite in 2006 einen um 1,5 % oder 288 Mio. EUR niedrigeren Bestand auswies als im Vorjahr. Es lag Ende 2006 bei 18,5 Mrd. EUR nach 18,8 Mrd. EUR im Vorjahr. Im privaten Immobilienbereich ist hier neben weiter steigenden Zinsen vor allem der Wegfall der Eigenheimzulage per 31.12.2005 zu nennen. Dadurch wurde das Neukreditgeschäft mit Wohnimmobilien stark erschwert und führte bei unseren Mitgliedsinstituten in den Beständen zu einem Rückgang in Höhe von 375 Mio. EUR (-2,9 %) auf 12,5 Mrd. EUR nach 12,9 Mrd. im Vorjahr. Im Bereich der Konsumentenkredite haben es die Mitgliedssparkassen als Marktführer seit Jahren besonders schwer, denn der Markt wird hart umkämpft und vor allem Autobanken, Direktbanken und Töchter von ausländischen Großbanken versuchen zum Teil mit Kampfbedingungen neue Marktanteile zu erringen. Berücksichtigt man dann noch den Umstand, dass die Zahl der Privatinsolvenzen in 2006 erneut um dramatische 23,8 % auf nunmehr 121.800 Anträge zunahm, so kann es durchaus als Erfolg gewertet werden, dass die Bestände im abgelaufenen Jahr stabil blieben und mit einer Zunahme in Höhe von 20 Mio. EUR (+0,6 %) sogar leicht ausgebaut werden konnten. Einer der Gründe dafür ist sicher die erfolgreiche Einführung des S-Privatkredit als Leuchtturmprodukt.

Kreditvolumen (in Mio. EUR)



Firmenkundenkreditgeschäft - Basel II rückt näher

Konnte das Firmenkundenkreditgeschäft in 2005 noch gesteigert werden, so war das Gesamtvolumen im Berichtsjahr mit einer Abnahme von 551 Mio. EUR (-2,5 %) auf nun 21,9 Mrd. EUR rückläufig. Grund dafür dürfte die Tatsache sein, dass es einen Bewusstseinswandel in den mittelständischen Unternehmen gegeben hat. Durch Basel II wird eine gute Eigenkapitalausstattung zunehmend wichtiger, um ein positives Rating zu erhalten und weiterhin günstig Finanzierungsmittel in Anspruch nehmen zu können. So wurden die Betriebsmittelkredite seitens der Firmenkundschaft um 14,6 % oder 725 Mio. EUR auf 4,2 Mrd. EUR abgebaut. Auch Investitionskredite gingen um 178 Mio. EUR (- 1,6 %) auf 11,1 Mrd. EUR zurück. Es ist zu vermuten, dass die gute Ertragslage in 2006 genutzt wurde,

Umlaufvermögen und kurzfristiges Anlagevermögen verstärkt aus Eigenmitteln zu finanzieren.

Ein Indiz dafür könnte sein, dass im Gegensatz dazu das Volumen bei den gewerblichen Baufinanzierungen um 351 Mio. EUR auf 6,5 Mrd. EUR anwuchs, was einem prozentualen Anstieg von 5,7 % entspricht.

Der Mittelstand, dessen wichtigster Ansprechpartner nach wie vor die Sparkassen sind, entdeckt zunehmend alternative Finanzierungsformen. So erfreuen sich mezzanine Finanzierungen wachsender Beliebtheit. Daneben gibt es Venture Capital für junge und Private Equity für reifere Unternehmen.

In Deutschland werden mittlerweile ca. 5.700 Firmen mit 800.000 Arbeitsplätzen von Finanzinvestoren dirigiert, und die Tatsache, dass es weltweit ca. 9.000 Hedge-Fonds gibt, die

über 1.400 Mrd. \$ verwalten, bedeutet für die regionalen Sparkassen einen weiter zunehmenden Wettbewerb um den mittelständischen Unternehmer.

Trotz Margendrucks und steigender Bürokratiekosten gute Erfolgsrechnungen der Freien Sparkassen

Auch das abgelaufene Geschäftsjahr war für die Mitgliedsinstitute erfolgreich. Der sich abzeichnende konjunkturelle Aufschwung führte dazu, dass die Freien Sparkassen für 2006 erneut verbesserte Erfolgsrechnungen präsentieren konnten. Der immer schärfer werdende Wettbewerb um Kundengelder ließ auch in 2006 die Zinsmargen sinken und führte zu einem Rückgang des kumulierten Zinsüberschusses um 51,9 Mio. EUR auf 1,31 Mrd. EUR, ein Minus von 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Dafür legten die kumulierten Provisionsüberschüsse um 40 Mio. EUR auf 457 Mio. EUR zu, was einem Plus von 9,5 % entspricht. Grund dafür war unter anderem die geänderte staatliche Förderung bei der sogenannten „Riesterrente“. Private Altersvorsorge war und wird immer wichtiger, und so nutzten viele Kunden die guten Angebote der Mitgliedsinstitute und deren Verbundpartner in diesem Bereich. Der Verwaltungsaufwand stieg um 17 Mio. EUR oder 1,5 %. Hauptverantwortlich hierfür war der Anstieg des Sachaufwandes, der um 7,8 % oder 38,7 Mio. EUR zulegte. Die Entwicklung der Mitgliedsinstitute zu reinen Vertriebs Sparkassen erforderte Investitionen in das Filialnetz, aber auch die Bürokratiekosten durch gesetzliche Regularien (MiFID, Auskunftsanfragen von Finanzbehörden etc.) schlugen mit immer höheren Kosten zu Buche und spiegeln sich im Sachaufwand wider. Der Personalaufwand

dagegen stieg um moderate 0,9 % oder 5,5 Mio. EUR.

Durch die gesunkenen Erlöse und gestiegenen Kosten lag das Betriebsergebnis vor Bewertung mit 617,29 Mio. EUR um 8,9 % unter dem Vorjahreswert. Die Entwicklung der Bewertungsergebnisse im Wertpapier- und im Kreditgeschäft waren wieder äußerst erfreulich. Die gute Stimmung an den Kapitalmärkten wirkte sich auch auf das Eigengeschäft der Freien Sparkassen sehr positiv aus. Das kumulierte Bewertungsergebnis der Depot-A-Bestände der Mitgliedsinstitute lag mit einem Minus von 37,4 Mio EUR um 64,9 % unter dem Vorjahresergebnis, leistete aber mit 20,2 Mio. immer noch einen positiven Beitrag. Zusätzlich konnte auch die Vorsorge für notleidende Kredite stark zurückgeführt werden. Mussten in 2005 noch 250,4 Mio. EUR aufgewendet werden, so waren es in 2006 nur noch 162 Mio. EUR. Ein Beleg dafür, dass die neuen Methoden zur Risikofrüherkennung zu greifen beginnen, denn gegenüber 2004 beträgt der aktuelle Wert nur noch ein Drittel der damaligen 481,7 Mio. EUR. Durch Zuführung von 99,0 Mio. EUR in die Vorsorgereserven (106,3 Mio. EUR im Vorjahr) betrug das zusammengefasste Bewertungsergebnis damit 241,3 Mio. EUR und lag damit um 35,2 % unter dem des Jahres 2005. Durch diese erfreulichen Werte ließ sich dann auch das aggregierte Jahresergebnis der Freien Sparkassen um über 27,4 % auf 224 Mio. EUR steigern, 48,1 Mio. EUR mehr als im Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio (CIR) verschlechterte sich aufgrund der weiter gestiegenen Sachkosten auf 66,1% (Vorjahr 63,4 %), die Eigenkapitalrentabilität reduzierte sich von 11,6 % im Vorjahr auf 10,6 % in 2006.

Kumulierte Cost/Income Ratio (CIR) der Freien Sparkassen



Engagement in der Region bleibt ein wesentliches Ziel der Freien Sparkassen

Obwohl die Erzielung eines Gewinns für die Mitgliedsinstitute genauso wichtig ist wie für jedes andere Wirtschaftsunternehmen, sind sich die Sparkassen auch ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Deshalb engagieren sich die Freien Sparkassen - ihrer Tradition von über 200 Jahren folgend - auch weiterhin für zahlreiche soziale, gesellschaftliche und kulturelle Einrichtungen. So betrug das Spendenvolumen der deutschen Mitgliedsinstitute für karitative und gemeinnützige Zwecke im Jahr 2006 mehr als 1,4 Mio. EUR.

Auch die räumliche Nähe zu ihren Kunden ist den Freien Sparkassen sehr wichtig. Um ihre Kunden noch besser vor Ort mit Finanzdienstleistungen versorgen zu können, haben die Mitgliedsinstitute im abgelaufenen Geschäftsjahr das Filialnetz von 408 Geschäftsstellen um 55 weitere Standorte auf nunmehr 463 erweitert.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgreich gestartet

Nachdem die NRS Norddeutsche Retail-Service AG im Jahr 2005 von unseren

Mitgliedsinstituten in Bremen und Hamburg formal gegründet wurde und im April des Berichtsjahres der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein als dritter Gesellschafter hinzu-stieß, nahm die NRS zum 1. Juli 2006 ihre operative Arbeit auf. Das Unternehmen bündelte im Berichtsjahr zunächst Stabs- und Backoffice-Funktionen der Sparkassen in Bremen und Hamburg, bietet dieses Leistungspaket aber auch den Sparkassen in Schleswig-Holstein sowie weiteren Interessenten an.

Ziel der Unternehmung ist es, die beteiligten Sparkassen von kundenfernen Tätigkeiten zu entlasten, damit sie sich auf den Vertrieb vor Ort konzentrieren können. Gleichzeitig soll die Kompetenzbündelung zu einem deutlich gesteigerten Qualitäts- und Produktivitätsniveau führen, was wiederum der Kostenstruktur und Wettbewerbsfähigkeit der NRS-Kunden zugute kommt. Die NRS startete zunächst mit folgendem Leistungskatalog :

- Marktservice (Dienstleistungen rund um das Girokonto und Sparen etc.)
- Kreditservice (Antragsbearbeitung, Auswertungen, Buchhaltung etc.)
- Finanzen und Controlling
- Zahlungsverkehr

Dieses Leistungsspektrum soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Dabei bleibt die oberste Zielsetzung, dass alle Entscheidungen des operativen Bankgeschäfts vollständig in den Händen des Managements beziehungsweise der Kundenbetreuer vor Ort bleiben.

Standorte der NRS waren zunächst Hamburg und Bremen, seit Juni 2007 konnte mit Neumünster auch ein Standort in Schleswig-Holstein eröffnet werden. Dort werden die Dienstleistungen erbracht, die von der Sparkasse Südholstein als neuestem Kunden der NRS seit März 2007 abgefordert werden.

Zusammengefasste Bilanz der ordentlichen Mitgliedssparkassen

Aktiva Verband	Bestand 31.12.2006 TEUR	Bestand 31.12.2005 TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in Prozent
Kassenbestand	347.974	347.518	456	0,13
Guthaben bei Zentralnotenbanken	510.190	533.726	- 23.536	- 4,41
Wechselbestand	53.529	31.726	21.803	68,72
Forderungen an Kreditinstitute	9.452.048	6.602.409	2.849.639	43,16
darunter:				
bis 1 Jahr einschließlich	8.217.148	5.523.972	2.693.176	48,75
darunter:				
von über 1 Jahr bis 5 Jahre einschließlich	698.846	728.877	- 30.031	- 4,12
darunter:				
von über 5 Jahren	536.054	349.560	186.494	53,35
Forderungen an Kunden	41.922.398	42.936.399	- 1.014.001	- 2,36
darunter:				
bis 1 Jahr einschließlich	3.766.055	4.504.658	- 738.603	- 16,40
darunter:				
von über 1 Jahr bis 5 Jahre einschließlich	2.787.269	3.056.337	- 269.068	- 8,80
darunter:				
von über 5 Jahren	35.369.074	35.375.404	- 6.330	- 0,02
Schuldverschreibungen und andere Festverz. WP	7.636.078	6.106.774	1.529.304	25,04
darunter:				
Anleihen und Schuldverschreibungen	7.636.078	6.106.774	1.529.304	25,04
darunter:				
eigene Schuldverschreibungen	0	0	0	0,00
Aktien und andere nicht festverz. WP	5.675.210	5.689.800	- 14.590	- 0,26
Beteiligungen und Anteile an verb. Unternehmen	582.425	608.660	- 26.235	- 4,31
Treuhandvermögen	46.399	50.371	- 3.972	- 7,89
Sachanlagen	340.852	344.343	- 3.491	- 1,01
Sonstige Aktiva	306.726	305.092	1.634	0,54
Bilanzsumme Aktiva	66.873.829	63.556.818	3.317.011	5,22

Zusammengefasste Bilanz der ordentlichen Mitgliedssparkassen

Passiva Verband	Bestand 31.12.2006 TEUR	Bestand 31.12.2005 TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in Prozent
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	12.463.618	13.641.259	- 1.177.641	- 8,63
darunter : Sparkassenbriefe	2.514.332	2.086.063	428.269	20,53
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	42.893.345	39.060.442	3.832.903	9,81
darunter : Sparkassenbriefe	6.142.390	6.071.089	71.301	1,17
darunter : Spareinlagen	14.905.238	14.830.485	74.753	0,50
darunter : täglich fällige Gelder	16.238.723	14.269.701	1.969.022	13,80
darunter : befristete Einlagen	5.606.994	3.885.167	1.721.827	44,32
Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobl.	4.000.319	3.956.076	44.243	1,12
Treuhandverbindlichkeiten	46.399	50.371	- 3.972	- 7,89
Wertberichtigungen	98.211	85.400	12.811	15,00
Rückstellungen	1.033.790	984.936	48.854	4,96
Nachr. Verbindlichkeiten	1.121.962	1.181.823	- 59.861	- 5,07
Genussrechtskapital	219.170	253.639	- 34.469	- 13,59
Eigenkapital	2.810.942	2.712.243	98.699	3,64
Sonstige Passiva	2.186.073	1.630.629	555.444	34,06
Bilanzsumme Passiva	66.873.829	63.556.818	3.317.011	5,22
Indossamentsverbindlichkeiten	0	0	0	0,00
Vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel	113	144	- 31	- 21,53
Geschäftsvolumen	66.873.942	63.556.962	3.316.980	5,22
nachrichtlich: Bürgschaften	1.090.652	980.792	109.860	11,20

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa

Im abgelaufenen Jahr hat sich das Wachstum im Euroraum nochmals deutlich verstärkt. Mit gut 2,5 % stieg das reale BIP so kräftig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Dazu wurde auch erstmals die Expansionsrate des Produktpotentials übertroffen und infolgedessen die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten vermindert. Die konjunkturelle Dynamik zeigte sich im gesamten Jahr sehr robust mit einer Beschleunigung des Expansionstempos zum Jahresende.

BIP-Entwicklung zurück. Neben der starken Inlandsnachfrage waren im abgelaufenen Berichtsjahr auch die Impulse aus dem Außenhandel deutlich positiv. So stiegen die realen Ausfuhren (schließen die Lieferungen innerhalb der EU mit ein) um 8,5 % nach 4,25 % im Vorjahr. Zwar hat sich durch das hohe Exportwachstum zusammen mit der deutlichen Belebung der Binnenkonjunktur auch die Importdynamik verstärkt, der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft war im Jahr 2006 mit 0,25 % aber wieder positiv. Auf den Arbeitsmärkten entspannt sich

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Dabei handelt es sich aber um verschiedene Sonderfaktoren, wie die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland sowie positive Einflüsse aus der Baubranche aufgrund des milden Wetters.

Auch im Euro-Raum war die gestiegene Inlandsnachfrage, die um 2,25 % zulegen, der Motor für den konjunkturellen Aufschwung. Eine deutliche Zunahme des Investitionszuwachses um 4,5 % (2,5 % in 2005), hervorgerufen durch merklich höhere gewerbliche Investitionen und stärkere Wohnungsbauaktivitäten, waren hierfür ausschlaggebend. Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden ebenfalls ausgeweitet, sie blieben aber mit 1,75 % hinter der

die Lage weiter. Die Zahl der Arbeitslosen ging im Jahresverlauf stetig zurück und lag mit 11,1 Mio. saisonbereinigt am Jahresende um 1,3 Mio. unter dem Vorjahresstand. Die standardisierte Arbeitslosenquote lag Ende des Jahres bei 7,8 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm mit 1,25 % stärker zu als in den vorangegangenen Jahren. Neben der vorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Lage dürften hierzu vor allem auch eine moderate Entwicklung der Arbeitskosten geführt haben. Der durchschnittliche Stundenlohn stieg um lediglich 2,25 %. Bereits im 7. Jahr hintereinander lag der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) mit 2,2 % leicht über der Ziel-



komponente der Währungshüter. Daher setzte die EZB ihren im Dezember 2005 begonnenen geldpolitischen Kurs fort und erhöhte im Jahresverlauf sechsmal um insgesamt 1,5 % die Notenbankzinsen. Trotzdem bleiben die Leitzinsen des Eurosystems weiterhin auf relativ niedrigem Niveau, da die Notenbank bisher lediglich die expansive Ausrichtung der Geldpolitik schrittweise reduzierte, aber noch keinen restriktiven Kurs einschlug. Diese Straffung steht damit im Einklang mit der an Fahrt gewinnenden Konjunktur und den durch die positiven Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten aufkommenden Inflationsängsten. Zudem wirkte sich vor allem die Verteuerung der Energiepreise im vergangenen Jahr um weitere 7,7 % verstärkt auf die Verbraucherpreise aus und machte die Zinserhöhungen notwendig. Weiterhin mit kritischem Auge sollte die Lage der öffentlichen Finanzen betrachtet werden. Zwar haben es Griechenland und Deutschland im letzten Jahr geschafft, Ihre Neuverschuldung soweit zu reduzieren, dass sie wieder innerhalb der Maastricht-Kriterien von maximal 3 % des BIP liegen, von einer Konsoli-

dierung der öffentlichen Finanzen kann aber bei Weitem noch nicht die Rede sein. Lediglich 5 der 12 Euroländer schafften es, einen ausgeglichenen Haushalt oder sogar Überschüsse zu erwirtschaften. Für alle anderen Regierungen gilt weiterhin die Maßgabe, die Ausgabenseite stark einzuschränken und die durch die konjunkturelle Erholung fließenden Mehreinnahmen verstärkt zum Schuldenabbau zu nutzen, um weiterhin auch in schwierigeren Zeiten handlungsfähig zu bleiben.

Die außerordentlichen Mitglieder

Das Bilanzvolumen der außerordentlichen Mitglieder - 36 europäische Freie Sparkassen aus neun Ländern und der Verband der schwedischen Sparkassen - stieg um 47,1 Mrd. EUR auf 336,9 Mrd. EUR. Dabei zeigte sich wie in den Vorjahren bei den einzelnen Instituten ein differenziertes Bild des Bilanzsummenwachstums. Die Entwicklung der außerordentlichen Mitglieder wird insbesondere durch die jeweilige geschäftspolitische Ausrichtung der einzelnen Häuser und das jeweilige nationale Wettbewerbsumfeld geprägt.



Mitgliedssparkassen in Europa

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg ⁶⁾	7.122	2.681	6.788	408	1.056	139
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	6.190	4.893	3.630	566	1.057	92
Banca CARIGE SpA Cassa di Risparmio di Genova e Imperia, Genua	19.891	13.221	13.153	2.602	3.670	403
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	64.382	56.248	51.538	2.097	3.639	170
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	3.171	2.685	2.581	247	312	29
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	793	420	547	68	162	14
Sparkasse Bregenz Bank AG, Bregenz	506	337	636	37	91	8
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	408	226	328	31	87	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.036	723	603	96	199	14
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	275	133	200	41	48	5
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	10.442	7.276	6.992	590	1.624	136
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	79	36	68	7	14	3
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	257	118	215	25	60	8
Weinviertler Sparkasse, Hollabrunn	545	245	415	33	88	15
Sparkasse Imst AG, Imst	837	545	509	49	167	19
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	4.127	2.333	1.923	184	640	44
Anteilsverwaltungssparkasse Kirchberg am Wagram ³⁾	1	–	–	1	–	–
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	3.253	2.001	1.990	224	634	44
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	595	273	394	43	117	11
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.120	716	680	102	199	16

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	189	121	153	16	39	4
Lienzer Sparkasse AG, Lienz	356	188	251	21	71	7
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	8.486	5.455	5.860	403	1.542	129
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	744	441	599	49	149	17
Anteilsverwaltungssparkasse in Ottenschlag, Ottenschlag ⁴⁾	1	–	–	1	–	–
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	193	139	144	16	39	3
Sparkasse-Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.038	1.265	1.762	91	481	46
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.081	2.414	2.604	179	801	69
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.096	619	692	81	178	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	628	506	511	48	254	21
Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien ⁵⁾	83.417	25.559	37.588	7.078	5.003	142
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.080	642	813	69	179	11
Schweden						
Sparbankernas Riksförbund	12.380	9.568	9.855	1.871	2.936	236
darunter Sparbanken Syd, Ystad	593	547	458	96	125	9
Schweiz						
AEK Bank 1826, Thun	1.420	1.285	1.165	163	111	12
Spanien						
Caixa Catalunya, Barcelona	67.551	42.939	41.280	4.181	6.859	1.118
Tschechische Republik						
Česka spořitelna a.s., Prag	28.836	12.586	23.405	1.861	10.910	637
Insgesamt 36 Institute und 1 Verband nachrichtlich in EUR	336.933	198.290	219.414	23.483	43.291	3.641

Stand per 31.12.2006

1) Forderungen an Nichtbanken

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen

3) beteiligt an der Sparkasse Horn-Ravelsbach-Kirchberg AG

4) beteiligt an der Bank- und Sparkassen AG Waldviertel-Mitte

5) ohne Berücksichtigung der Konzernbilanz

6) Zahlen vom 31.12.2005

Der französische Bankensektor

Die französischen Sparkassen wurden 1999 in genossenschaftliche Institute umgewandelt. Sie gehören zu 80 % lokalen Sparkesellschaften, deren Anteilseigner sich wiederum aus ca. 3,4 Millionen Genossen - die im Wesentlichen Sparkassenkunden sind - zusammensetzen. Als gemeinsame Dachorganisation wurde die Caisse Nationale des Caisses d'Epargne (CNCE) gegründet, die zu 100 % den regionalen Sparkassen gehört.

Die CNCE übernimmt dabei Verbandsaufgaben und fungiert als Sprachrohr der französischen Sparkassen gegenüber allen re-

zu einer gemeinsamen Investmentbank (Natixis). An diesem Institut sind beide Gruppen mit jeweils 34% beteiligt, der Rest der an der Pariser Börse notierten Aktien befindet sich in Streubesitz. Mit diesem Institut, das neben Investmentbanking auch das Firmenkundengeschäft sowie die Vermögensverwaltung für die Institutsgruppen übernimmt, hat man nun einen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten und ist damit für den Wettbewerb im Bankensektor gut gerüstet.

Einen Zankapfel im französischen Bankwesen stellte im Berichtsjahr das so genannte „Livret A“-Konto dar. Die privaten

Frankreich

gulierenden Behörden, ist aber gleichzeitig auch das Spitzeninstitut der französischen Sparkassen. Sie wickelt den Zahlungsverkehr für sämtliche Institute ab, kümmert sich zentral um die Anlage der überschüssigen Gelder der einzelnen Sparkassen und entwickelt Produkte und Dienstleistungen für die Sparkassen, die diese 1:1 übernehmen. Zusätzlich operiert die CNCE auch als Holding, sie hält Beteiligungen an Hypothekenbanken, Bauträgergesellschaften, Versicherungen und anderen Verbundpartnern. Sie legt die Geschäftspolitik für alle Sparkassen fest und entscheidet über Investitionen und Gewinnverwendung.

Im Juni 2006 einigte man sich mit der französischen Volksbankengruppe auf eine Fusion der beiden Investmentgesellschaften

Banken fordern gleiche Wettbewerbsbedingungen und wollen dieses Sparbuch, das 23,5 Millionen Franzosen mit einem Einlagevolumen von 60,7 Mrd. EUR bei den Sparkassen unterhalten, ihren Kunden ebenfalls anbieten. Daher reichten sie Ende 2005 eine Klage bei der französischen Aufsichtsbehörde CECEI ein, eine Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen. Mittlerweile wird diese Sparform auch von der EU überprüft.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Leider lagen uns bis zur Drucklegung keine aktuellen Zahlen über unser Mitgliedsinstitut Caisse d'Epargne d'Alsace vor.

Der italienische Bankensektor

Die Restrukturierung im italienischen Bankensektor setzte sich auch in 2006 fort, allerdings mit deutlich verlangsamten Tempo. Während es in 2005 noch sehr hektisch zugeht und sich ausländische Institute wie die französische BNP oder die niederländische ABN Amro um italienische Banken heftige Übernahmehandlungen lieferten, konzentrierten sich die Aktivitäten im Berichtsjahr auf inneritalienische Übernahmen und Zusammenschlüsse. Zunächst übernahm aus dem Lager der Volksbanken die Banco Popolare di Verona e Novara

Aktiengesellschaften agieren, dürften die tiefgreifenden Veränderungen im italienischen Bankensektor auch in den nächsten Jahren voranschreiten. Aus Sparkassensicht ist festzustellen, dass die italienische Regierung mit ihrer Sparkassenreform ein wenig zu weit gegangen ist. Anders als in anderen europäischen Ländern wurden die neugegründeten privaten und gemeinnützigen Trägerstiftungen der Sparkassen gezwungen, ihre Anteile an den Sparkassen-Aktiengesellschaften auf unter 50 % zu reduzieren. Zwar wurde dieses Gesetz 2003 auf

Italien



(BPVN) den Konkurrenten Banca Popolare Italiana (BPI), nachdem die BPI in 2005 noch selbst versucht hatte, die wesentlich größere Banca Antonveneta zu übernehmen. Die größte Konsolidierung ereignete sich allerdings im Bereich der Großbanken. Die Gremien der Nummer 2 und 3 im italienischen Bankenmarkt - Intesa und Sampolo - einigten sich auf eine Fusion zum 1.1.2007. Damit entsteht ein neues Institut mit 5.500 Filialen, einem Marktanteil von rund 20 % in allen Bereichen und einer Marktkapitalisierung von mehr als 70 Mrd. Euro. Da seit der Liberalisierung in den neunziger Jahren sowohl die Volksbanken als auch die Sparkassen vollkommen privatisiert sind und als

Stiftungen mit mehr als 200 Mio. EUR Eigenvermögen beschränkt, doch da die vorherige Konstruktion der Sparkassen - öffentliche Trägerschaft und Gemeinnützigkeit - bei vielen Instituten zu Ineffizienz, politischer Einflussnahme und bescheidenen Gewinnen geführt hatte, wurden mit der Liberalisierung viele Sparkassen in die Hände der neuen Großbanken getrieben. Heute sind nur noch 27 der 58 verbliebenen italienischen Sparkassen mehrheitlich in der Hand gemeinnütziger Stiftungen. Damit erreicht die Institutsgruppe, die noch als einzige die klassische Sparkassentradition repräsentiert, nur noch einen Marktanteil von 8 %.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Banca Carige (Cassa di Risparmio di Genova e Imperia), wies im Berichtsjahr eine Bilanzsumme von 19,9 Mrd. EUR (Vorjahr 18,0 Mrd. EUR) auf. Das Institut baute seine starke Marktposition als größte Sparkasse Italiens in Ihrer Region weiter aus. So konnte die Banca Carige die Einlagen ihrer Kunden von 12,5 Mrd. EUR um 5,6 % auf 13,2 Mrd. EUR erhöhen. Noch stärker fiel der Zuwachs im Kreditgeschäft mit ihren Kunden aus. Das Volumen erhöhte sich zweitstellig um 13,8 % auf 13,2 Mrd. EUR nach 11,6 Mrd. EUR in 2005. Das Jahresergebnis der Banca Carige fiel auch im Berichtsjahr außerordentlich erfreulich aus. Der Jahresüberschuss konnte um 14,6 % auf 156,9 Mio. EUR gesteigert werden. Das Kosten/Ertragsverhältnis (Cost/Income Ratio) der Sparkasse verbesserte sich stark von 61,4 % im Vorjahr auf 52,3 %, während die Eigenkapitalrendite vor Steuern leicht auf 6,03 % (Vorjahr 6,27 %) sank. Im Jahr 2006 beteiligte sich die Banca Carige Gruppe an zahlreichen Instituten oder baute bestehende Beteiligungen aus, teilweise wurden kleinere Banken auch mit der Gruppe verschmolzen. Dabei veränderte sich die Mitarbeiteranzahl des Institutes mit 3.670 Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr (3.695) kaum, allerdings wurde das Filialnetz von 393 auf 403 Filialen ausgeweitet und somit die örtliche Präsenz für ihre Kunden erhöht.

Unser zweites außerordentliches Mitglied aus Italien, die Südtiroler Sparkasse AG, konnte sich 2006 ebenfalls über ein stark verbessertes Betriebsergebnis freuen. Es legte um mehr als 32 % auf nun 59,4 Mio. EUR (45 Mio. im Vorjahr) zu. Die Einlagen der Kunden waren in 2006 mit 3,7 Mrd. EUR nach 4,3 Mrd. EUR im Vorjahr rückläufig, während die Forderungen an Kunden von 4,7 Mrd. EUR auf 4,9 Mrd. EUR gesteigert werden konnte. Die Bilanzsumme legte um 2,6 % auf 6,2 Mrd. EUR zu, nach 6,0 Mrd. EUR im Vorjahr. Die Cost/Income Ratio konnte weiter von 65,2 % auf 62,8 % verbessert werden. Damit konnte die CIR, die 2002 noch bei 74,4 % gelegen hatte, in den letzten 4 Jahren um über 10 % verbessert werden.

Da in Südtirol mit 0,8 Filialen je 1000 Einwohnern die höchste Bankdichte in ganz Italien herrscht, expandiert das Mitgliedsinstitut aufgrund des fehlenden Regionalprinzips derzeit stark in den Nachbarprovinzen Trentino, Belluno und Verona. Eine direkte Konkurrenz zu anderen Sparkassen entsteht dadurch allerdings nicht, da die dortigen Sparkassen im Zuge der Reformen alle in Großbanken aufgegangen sind. Viele Kunden bevorzugen weiterhin eine Sparkasse, die mehrheitlich durch eine gemeinnützige Stiftung kontrolliert wird. Deshalb rechnet sich die Südtiroler Sparkasse in diesen Gegenden gute Chancen aus.

Der niederländische Bankensektor

Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Der Marktanteil der fünf größten Anbieter liegt bei über 80 %. Dabei sind vor allem die Allfinanzkonzerne ING, Fortis und ABN Amro dominierend, die alleine zwei Drittel der aggregierten Bilanzsummen aller niederländischen Banken auf sich vereinen. Neben den großen Finanzkonzernen besteht die Rabobank-Gruppe mit 288 lokalen Genossenschaftsbanken, die formal unabhängig sind, sowie dem Zentralinstitut Rabobank. Regional

ternational operierender Bankkonzern. Daher sind in den Niederlanden keine regional ansässigen Sparkassen mehr zu finden.

Durch die große Konzentration arbeiten niederländische Banken im europäischen Vergleich sehr rentabel. Dennoch ist das Potenzial für ein organisches Wachstum auf dem niederländischen Binnenmarkt sehr begrenzt. Dadurch erklärt sich auch die starke Position der Finanzkonzerne bei grenzüberschreitenden Akquisitionen. Im Berichtsjahr übernahm zum Beispiel die Rabobank die Basler Privatbank Sarasin, um im

Niederlande



tätige Sparkassen sucht man in den Niederlanden vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Institutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-Gruppe vorangetrieben. Die Fortis-Gruppe, die 1990 aus der Fusion eines niederländischen und belgischen Versicherungsunternehmens entstand, hatte in der Folge sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden eine Reihe von Sparkassen übernommen und ist heute ein in-

Ausland neue Wachstumsmöglichkeiten zu schaffen.

Für großes Aufsehen sorgte in 2007 zudem die Bieterschlacht um die ABN Amro. Ausgelöst durch den Hedgefonds TCI, der mit einem Stimmanteil von lediglich 1 % fordert, die Bank aufzuspalten um den „shareholder value“ zu steigern, war zunächst die Fusion mit der britischen Bank Barclays geplant. Nachdem sich ABN Amro und Barclays schon auf einen Preis geeinigt hatten, trat ein neues Bietertrio bestehend aus Royal Bank of Scotland (RBS), Banco Santander und Fortis mit einem höheren Gebot auf den Plan. Ob es am Ende zu der vom Vorstand der ABN Amro favorisierten Fusion mit der Barclays Bank

oder zur Zerschlagung durch das Bietertrio kommen wird, ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch nicht bekannt.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS Reaal Group, hat im Berichtsjahr erfolgreich ihren Börsengang abgeschlossen. Die Aktien werden seit dem 18. Mai 2006 im Euronext in Amsterdam gehandelt und erreichten zum Jahresende bereits eine Marktkapitalisierung von 3,9 Mrd. EUR. Mit der Publikumsöffnung hat die Stiftung „Stichting Beheer SNS Reaal“ 34,5 % ihrer Anteile platziert, langfristig will die Stiftung ihre Beteiligung auf unter 50 % abbauen. Mit dem durch den Börsengang eingenommenen Kapital wurde im Berichtsjahr eine Akquisition vorgenommen. Mit dem Kauf der Bouwfonds Property Finance wurde eines der größten niederländischen

Immobilienunternehmen erworben, um die Position der Gruppe in den SME Märkten (Finanzierungsgeschäft mit kleinen und mittleren Firmenkunden) zu stärken und die Abhängigkeit vom Hypothekenmarkt zu reduzieren. Weiterhin ist geplant, durch den Kauf der Regio Bank das Retail-Banking im heimischen Markt zu stärken. SNS Reaal Group, die derzeit mit einer Bilanzsumme von 80 Mrd. EUR (Vorjahr 68 Mrd. EUR) das fünftgrößte Finanzinstitut in den Niederlanden darstellt, konnte dadurch ihre Ertragslage weiter verbessern. Der Jahresüberschuss stieg von 323 Mio. EUR im Vorjahr um 14,9 % auf 371 Mio. EUR. Die Eigenkapitalrentabilität sank durch die Gewichtung des Börsengangs leicht von 14,9 % auf 12,7 % und auch das Kosten/Ertragsverhältnis (Cost/Income Ratio) erhöhte sich im Berichtsjahr durch starke Investitionen im IT-Bereich von 59,8 % auf 62,6 %.

Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankensektor ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnBNOR mit einer Bilanzsumme von 1.041 Mrd. NOK (126 Mrd. EUR) sowie einem Marktanteil von fast 50 %, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Union Bank of Norway, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse“ behalten börsennotierte Kreditinstitute

vor allem durch Gewinnthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnBNOR Gebrauch gemacht.

Seit 1987 ist es den norwegischen Sparkassen zur Stärkung ihres Eigenkapitals möglich, börsennotierte „Primary Capital Certificates“ (PCCs) zu emittieren. Im Gegensatz zu Aktien verbriefen diese PCCs lediglich begrenzte Einflussrechte im Aufsichtsrat und keinerlei Eigentumsrechte am Kapital der Sparkasse. Im Insolvenzfall erfolgt eine nachrangige

Norwegen



dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10 % vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Union Bank of Norway noch immer 10,4 % an der DnBNor hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnBNOR gibt es weitere 126 norwegische Sparkassen, die aber im Gegensatz dazu regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung

Befriedigung der PCC-Inhaber.

Obwohl sich auch die norwegischen Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und soziale Projekte, Kunst-, Kultur- und Sportaktivitäten in ihren Regionen fördern, enthalten weder das norwegische Sparkassengesetz noch die Satzungen der Sparkassen ausdrücklich eine Gemeinwohlorientierung.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparebanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, konnte das Rekordergebnis des Vorjahres annähernd wiederholen. Auch im Vergleich zu anderen Banken mit der gleichen geschäftspolitischen Ausrichtung legte

das Institut ein sehr gutes Geschäftsergebnis vor. Die Bilanzsumme legte um mehr als ein Fünftel auf 26,2 Mrd. NOK (3,2 Mrd. EUR) zu, nach 21,6 Mrd. NOK (2,6 Mrd. EUR) in 2005. Dass der Jahresüberschuss mit 218 Mio. NOK (26,45 Mio. EUR) minimal unter dem von 2005 mit 221 Mio. NOK (26,48 Mio. EUR) lag, ist mit erhöhten Investitionen im IT-Bereich zu erklären. Seit 1998 bestand eine strategische Kooperation

zwischen unserem Mitglied und der Sparebanken NOR. Da dieser Partner mit der DnB zur DnBNOR fusionierte, wurde die Kooperation aufgekündigt, weil man nun im direkten Wettbewerb steht. Bedingt durch diese Sonderfaktoren verschlechterte sich die Eigenkapitalrentabilität auf 11,6 % gegenüber 13,2 % im Vorjahr, die Cost/Income Ratio stieg leicht auf 61 % (60,3 % in 2005).

Der österreichische Bankensektor

Die regionalen Konzentrationen setzen sich in der österreichischen Sparkassengruppe fort. Im Jahr 2006 wurden drei Gemeindesparkassen fusioniert, so dass das Verhältnis Gemeindesparkassen zu Vereinssparkassen derzeit 31:24 beträgt (1995: 48:26). 2006 wurde mit der Zweiten Wiener Vereins-Sparkasse seit langer Zeit wieder eine neue Sparkasse gegründet. Dieses Institut bietet als einziges Produkt jenen Menschen ein zeitlich befristetes kostenloses Habenkonto ohne Überziehungsrahmen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind

März 2007 nach einem jahrelangen Rechtsstreit über den 2001 geschlossenen Haftungsverbund der Sparkassen entschieden, dass die Kooperation zwischen der Erste Bank und den Sparkassen einen wirtschaftlichen Zusammenschluss darstellt und damit nicht dem Kartellrecht widerspricht. Durch dieses Urteil wurde das von der Bank Austria angestrebte „Untersagungsverfahren“ ebenso abgewiesen wie der Rekurs der Bundeswettbewerbsbehörde gegen die Feststellung des Kartellgerichts, wonach der angestrebte vertragliche Verbund von Erste Bank und der regio-

Österreich



und keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen anderer Kreditinstitute bekommen.

Ende 2006 gab es damit 55 Sparkassen, davon 19 traditionell eigentümlöse Sparkassen (darunter 12 Vereinssparkassen) und 36 Sparkassen (davon 12 Vereinssparkassen), die ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert haben. Als Aktionäre dieser AGs treten neben 10 Anteilsverwaltungssparkassen 32 Stiftungen auf, wobei in einigen Fällen mehrere Stiftungen Anteile an einer AG halten. Schließlich sind 14 Sparkassen-Aktiengesellschaften auch an anderen Sparkassen beteiligt, in sechs Fällen mehrheitlich. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat im

nationalen Sparkasse in Wiener Neustadt den Regelungen über Zusammenschlüsse und nicht über Kartelle unterliegt. Damit dürfen die Sparkassen für einander haften, gemeinsame Produkte gestalten, werben und eine einheitliche Preispolitik betreiben, wenn sie mit ihrem Spitzeninstitut jene Zusatzvereinbarung abschließen, wie sie beispielhaft von der Erste Bank und der Wiener Neustädter Sparkasse eingebracht wurde. Zudem hat der OGH auf Basis des EU-Rechts alle Vorwürfe zurückgewiesen, dass es durch die Kooperation im Sparkassensektor zu wettbewerbsrechtlichen Nachteilen kommen könnte. Vielmehr hat er bestätigt, dass der Haftungsverbund durch die entstehenden

Synergien und die Verbreiterung sowie Modernisierung des Angebots Vorteile für die Sparkassenkunden bringe.

Seit Mai 2007 hat man mit den Arbeiten begonnen, die zum neuen Zusammenschluss führen werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit im vergangenen Jahr war die Forcierung der Initiativen im Rahmen der Corporate Social Responsibility (CSR). Die Sparkassen nehmen diese Verantwortung sehr ernst, weil sie in ihr eine logische Fortsetzung der traditionellen Gemeinwohl-Ideologie sehen. Für sie basiert CSR auf den drei Säulen Ökonomie, Soziales und Ökologie, wobei jeweils freiwillige Selbstverpflichtungen für die Zielgruppen Kunden, Mitarbeiter, Aktionäre und Gesellschaft erfolgen sollen.

Der Sparkassenverband hat bereits zum dritten Mal einen Leistungsbericht herausgegeben, der die umfangreichen Spenden- und Sponsoringtätigkeiten der Sparkassen dokumentiert und quantifiziert. Daneben werden seit einigen Jahren mitarbeiterorientierte Maßnahmen verstärkt, wie zum Beispiel Maßnahmen der Gesundheitsförderung und des Stressabbaus in den Work Life Centers, Schutzmechanismen für schwächere Mitarbeitergruppen (z.B. ältere Mitarbeiter, Mütter mit mehreren Kindern und Behinderte), Förderung der Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen und Betonung der Wirtschaftsethik.

Ebenfalls zu den CSR-Aktivitäten zählen die umfangreichen Maßnahmen vieler Sparkassen, deren Ziel die Vermeidung der Verschuldung Jugendlicher ist, die

in besorgniserregendem Maße zunimmt. Schließlich muss erwähnt werden, dass die gesamte Sparkassengruppe der Pflegevorsorge hohe Priorität widmet, die in Hinblick auf die Zunahme des Anteils älterer Menschen in der österreichischen Bevölkerung auch ein zentrales Thema der Gesellschaftspolitik geworden ist.

Der Ende 2005 fixierte Kauf der rumänischen Banka Comerciala Romana (BCR) durch die Erste Bank wurde 2006 abgeschlossen, wofür eine umfangreiche Kapitalerhöhung der Erste Bank AG notwendig war, bei der die österreichischen Sparkassen ihre Bezugsrechte voll ausgenutzt haben und ihren Anteil am sektoralen Spitzeninstitut konstant halten konnten. Die Expansion der Sparkassen nach Osten wurde durch den Kauf von kleineren Banken in Montenegro und der Ukraine fortgesetzt.

Schließlich muss erwähnt werden, dass der Sparkassenverband und seine Mitgliedsinstitute zahlreiche Initiativen gegen die zunehmende Überregulierung des Bankenrechts in Europa unternommen haben und vor allem versuchten, die Regelungen der Payment Service Directive (PSD) und der Verbraucherkreditrichtlinie aus Sparkassensicht zu entschärfen. Mit Verweis auf das Versprechen der EU-Kommission für eine „better regulation“ konnten hier einige Teilerfolge erzielt werden, wenn gleich beide Regelungen trotz der hohen Kostenbelastung nicht nur für die Sparkassen inzwischen beschlossen wurden und kurz vor ihrer nationalen Umsetzung stehen.

Die österreichischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Die sechs größten Sparkassen Österreichs sind Vereinssparkassen:

Erste Bank, Steiermärkische, Oberösterreichische, Tiroler, Salzburger und Kärntner Sparkasse. Gemessen an

der Bilanzsumme beträgt der Anteil der Vereinssparkassen an der gesamten Sparkassengruppe ca. 91 %.

Die österreichischen Vereinssparkassen wiesen per Jahresende 2006 eine Bilanzsumme von 126,1 Mrd. Euro (+ 9,6 % gegenüber 2005) aus. Die Gesamteinlagen in Höhe von 65,8 Mrd. Euro lagen um 7,6 %, das Kreditvolumen in Höhe von 52,4 Mrd. Euro um 5,2 % über dem Vergleichswert 2005. Das Kernkapital der Vereinssparkassen beträgt 8,7 Mrd. Euro (die Steigerung zum

Vorjahr ist im Wesentlichen durch die Kapitalerhöhung der Erste Bank bedingt). Dies entspricht einem Anteil von 70,3 % an den gesamten Eigenmitteln und einer Kernkapitalquote von 9,4 %. Die Anzahl der Mitarbeiter beträgt (nach Vollzeitkräften gewichtet) 12.775 und die Anzahl der Bankstellen 806. Das Betriebsergebnis verringerte sich auf Grund von Sondereffekten - Kosten der Kapitalerhöhung - gegenüber 2005 um 2,8 % und beträgt im Jahr 2006 0,80 % der DBS, das Jahres-EGT stieg um 4,7 % und beträgt 0,59 % der DBS. Im Zeitraum 2002 bis 2006 sank die Cost/Income Ratio auf 61,1 %, die Rendite nach Steuern beträgt knapp über 9 % - der Rückgang gegenüber dem Jahr 2005 ist ebenfalls durch die Kapitalerhöhung bedingt.

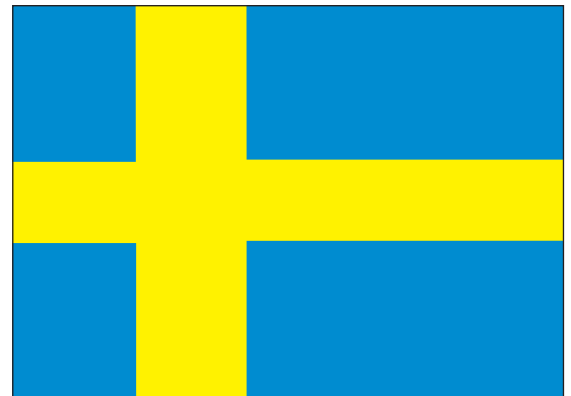
Der schwedische Bankensektor

Auf dem schwedischen Bankenmarkt agieren vier Bankengruppen. Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben gemessen an der Bilanzsumme einen Marktanteil von über 80 %. Von den „großen Vier“ hat die FöreningsSparbanken (FSB) / Swedbank ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssector. Dies erklärt auch, warum sie landesweit über ein

Marktanteil von ca. 7 Prozent. Regional haben sie aber eine sehr starke Marktposition und verfügen vor Ort über weit höhere Marktanteile. Mit 240 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 10 % der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen.

Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb gekennzeichnet. Vor allem die „großen Vier“ haben als Folge des begrenzten schwedischen

Schweden



großes Zweigstellennetz mit 490 Filialen verfügt. Neben dem Standbein im Retail Banking hat sich die FSB/Swedbank zur internationalen Geschäftsbank entwickelt.

Auslandsbanken spielen in Schweden mit Ausnahme der Den Danske Bank eine untergeordnete Rolle. Erst 1986 wurde es ausländischen Banken erlaubt, Tochtergesellschaften in Schweden zu eröffnen. Die Den Danske Bank ist vor allem nach der Übernahme der Östgöta Enskilda Banken mittlerweile zum fünftgrößten Kreditinstitut in Schweden aufgestiegen. Daneben bestehen in Schweden noch zwei Genossenschaftsbanken. Die 76 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen

Marktes stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert. Die FSB/Swedbank hält über ihre Tochter Hansabank im Baltikum einen Marktanteil von 40 % und ist damit Marktführerin. Zudem wurde kürzlich das ukrainische Kreditinstitut TAS-Kommerzbank erworben, um das Wachstum im Ausland weiter anzukurbeln.

Organisches Wachstum im Heimatmarkt ist durch die hohe Bankenkonzentration nur noch schwer möglich und Fusionen wie die 2002 geplante der FSB/Swedbank mit der SEB scheiterten zuletzt an den Auflagen der Brüsseler Wettbewerbsbehörden.

Allerdings könnte durch die neue liberale Regierung das Fusions-Karussell

neu in Schwung gebracht werden, denn der Staat möchte sich recht bald von seinem 20 %-Anteil am Finanzkonzern Nordea trennen.

Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund, vertritt die Interessen von 76 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Viele dieser Sparkassen haben weniger als 100 Mitarbeiter und sind daher auf Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank. Die Swedbank hat umfangreiche Kooperationsabkommen mit den kleineren Sparkassen des Sparbankernas Riksförbund, insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und IT-Dienstleistungen, geschlossen. Die Sparkassen, die sich im Sparbankernas Riksförbund zusammengeschlossen haben, kommen insgesamt auf einen Marktanteil von ca. 7 %. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurde die Anzahl der Mitarbeiter der im

Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft.

Die kumulierte Bilanzsumme der 76 Sparkassen beläuft sich auf 12,4 Mrd. EUR. Bei einer Eigenkapitalrendite von 11,47 % nach Steuern konnten die Institute einen Jahresüberschuss von 535,6 Mio. EUR erwirtschaften. Die Cost/Income Ratio hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 62 % auf 60 % im Berichtsjahr verbessert.

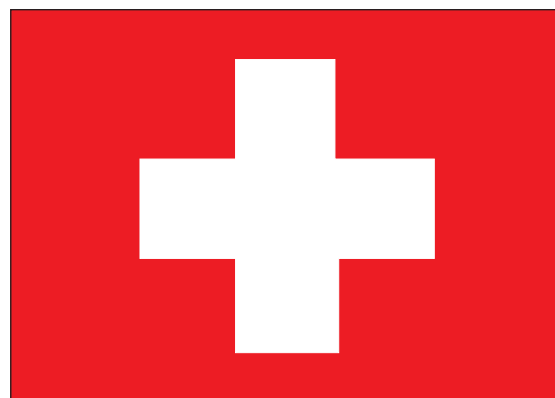
Unser außerordentliches Mitglied, die Sparebanken Syd, ist ebenfalls eine Mitgliedssparkasse des Sparbankernas Riksförbund. Die Bilanzsumme stieg um 18,8 % von 4,7 Mrd. SEK (499 Mio. EUR) in 2005 auf 5,4 Mrd. SEK (593 Mio. EUR) im Berichtsjahr. Mit diesem Volumen ist die Sparebanken Syd eine typische kleinere Regionalsparkasse in Schweden. Durch niedrigere Erträge im Eigenhandel und niedrigere Zinsmargen konnte der Jahresüberschuss nicht mit dem Bilanzsummenwachstum mithalten. Er verringerte sich von 119,7 Mio. SEK (12,7 Mio. EUR) auf 73,5 Mio. SEK (8 Mio. EUR). Die Cost/Income Ratio blieb mit 63 % unverändert und die Eigenkapitalrendite nach Steuern sank von 8 % auf 7,6 % im Vergleich zum Vorjahr.

Der Schweizer Bankensektor

Die schweizerische Nationalbank definiert vier Bankengruppen. Dominiert wird der Schweizer Bankenmarkt von den Großbanken UBS und Credit Suisse, auf die über 50 % der Bilanzsumme aller Banken entfallen. Daneben gibt es noch 24 Kantonalbanken sowie die Raiffeisen-Gruppe, deren über 400 Filialbanken in 22 Regionalverbänden zusammengeschlossen sind. Die vierte Bankengruppe besteht aus den Sparkassen, Regionalbanken sowie der Valiant-Bank. Hinzu kommen noch mehrere hundert Unternehmen, die keiner dieser

Bereits 1994 hatten sich 90 Regionalbanken und Sparkassen zur RBA-Holding zusammengeschlossen. Sie bietet den Aktionärsinstituten über ihre Tochtergesellschaften RBA-Finanz, RBA-Zentralbank und RBA-Service eine umfangreiche Palette von Finanzdienstleistungen sowie Stabs-, Service-, und Abwicklungsleistungen. Seit 2005 sind einige der ehemaligen RBA-Mitglieder wieder ausgeschieden. Grund war in 2004 der neue Aktionärsbindungsvertrag, der nach Meinung der ausgeschiedenen Institute die Unabhängigkeit der Mitglieder zu stark eingeschränkt hätte.

Schweiz



Gruppen zugeordnet werden, die aber über eine Banklizenz verfügen. Diese sind aber in der überwiegenden Anzahl am lokalen Geschäft überhaupt nicht interessiert, da sie als spezialisierte Vermögensverwaltungsgesellschaften im gehobenen Private Banking tätig sind und darüber hinaus stark auf ausländische Kunden abzielen.

Regionalbanken und Sparkassen haben regional besonders im Darlehens- und Einlagengeschäft eine starke Stellung. Ihr Marktanteil im Retailbanking beträgt ca. 12 %. Anders als die deutschen Großbanken haben UBS und Credit Suisse das Retailbanking aber nie vernachlässigt, daher kommen sie auch in diesem Bereich zusammen auf ca. 35 % Marktanteil.

Unter den ausgeschiedenen Mitgliedern befindet sich auch unser außerordentliches Mitglied.

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die AEK Bank 1826 in Thun blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2006 zurück. Trotz eines intensiven Wettbewerbs unter den Schweizer Banken konnte das Institut seine Bilanzsumme in Höhe von 1,4 Mrd. EUR annähernd halten. Damit unterstreicht unser Mitgliedsinstitut seine Stellung als größte Regionalbank des Berner Oberlandes.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 8,22 Mio. CHF (5,1 Mio. EUR), 1,55 % niedriger als im Jahr 2005. Der Gewinn-

rückgang resultiert aus einmaligen Kostenzunahmen mit Investitionscharakter. Die AEK Bank 1826 migrierte im letzten Jahr auf die Banksoftware Finnova und baute mit erheblichem Aufwand den Hauptsitz um. Durch die Migration wird es der AEK Bank 1826 ermöglicht, Synergien optimal zu nutzen. Außerdem verursachte die Namensanpassung weitere einmalige Kosten. Dadurch erhöhte sich die Cost/Income Ratio (CIR) des Institutes auf 41,6 % nach 36,9 % im Vorjahr. Trotz der Erhöhung ein hervorragender Wert, der die Effizienz unseres Mitgliedsinstitutes widerspiegelt.

Die Kreditgewährung der Bank erfolgt vor allem durch die Vergabe von hypothekarisch gedeckten Krediten zur Finanzierung von Wohnimmobilien. Der Kreditbestand des Institutes konnte im Berichtsjahr leicht auf ca. 2,1 Mrd. CHF (1,35 Mrd. EUR) ausgeweitet werden, eine Zunahme von 20 Mio. CHF (12 Mio. EUR) gegenüber 2005. Auch konnten die von Kunden herein genommenen Gelder, die hauptsächlich aus Spareinlagen bestehen, auf

1,88 Mrd. CHF (1,17 Mrd. EUR) nach 1,6 Mrd. CHF (1,0 Mrd. EUR) in 2005 ausgebaut werden.

Die AEK Bank 1826 beschritt auch in 2006 weiter konsequent den Weg zu einer Universalbank. Neben der AEK Vermögensverwaltung, die für Ihre Kunden bei Anlagestrategien mit Aktienanteil Zuwächse von bis zu 15,6 % je nach Risikoorientierung erzielen konnte, wurde das Team Marktanalyse verstärkt, um die Hausmeinung noch stärker in die Anlageentscheide einfließen lassen zu können. Durch den Aufbau neuer Kompetenzen im Anlagengeschäft können sich die Kunden der AEK Bank 1826 neue Märkte wie z.B. im ehemaligen Ostblock oder Asien erschließen. Im Juni 2006 wurde von unserem Mitgliedsinstitut dazu das erste strukturierte Produkt mit Kapitalschutz ausgegeben, wodurch auch individuelle Kundenwünsche erfüllt werden können. Ebenfalls wurde das Dienstleistungsgeschäft im Bereich der Altersplanung ausgebaut, dort stehen den Kunden nun auch alle Möglichkeiten zur individuellen Lebensplanung offen.

Der spanische Bankensektor

Die spanischen Sparkassen haben seit der Deregulierung des spanischen Finanzmarktes 1977 eine erstaunliche Entwicklung genommen. Ihre Marktstellung liegt bei den Kundeneinlagen und Ausleihungen bei ca. 50 %, gemessen an der Bilanzsumme liegt ihr Anteil immerhin noch bei knapp 40 %.

Die Größe der heute noch vorhandenen 46 Sparkassen ist dabei sehr unterschiedlich. So ist die größte Sparkasse La Caixa mit über 200 Mrd. EUR Bilanzsumme zugleich hinter den Großbanken Santander und der Banco Bilbao Vizcaya

stiegen und haben damit die traditionelle Rolle der privaten Geschäftsbanken übernommen. Der Aktienbesitz der Cajas summiert sich mittlerweile auf ungefähr 6,5 % der Gesamtkapitalisierung des spanischen Leitindex Ibx 35. Der Aktienbesitz der Cajas ist allerdings politisch in die Kritik geraten. Ursache ist insbesondere die landesweite Kritik an La Caixa wegen des feindlichen Übernahmeversuches des von ihr kontrollierten Energieversorgers Gas Natural für den Stromversorger Endesa. Kritiker behaupten, La Caixa würde damit das politische Ziel der spanischen Regie-

Spanien



Argentaria (BBVA) drittgrößtes Kreditinstitut in Spanien. Daneben existieren aber auch noch einige kleinere Sparkassen, die sich bisher ganz auf ihre Region beschränkt haben.

Die spanischen Sparkassen wirtschaften ohne Gewinnerzielungsabsicht und verfügen über die Rechtsform der privaten Stiftung. Sie unterhalten landesweit über 23.000 Filialen und stellen damit die flächendeckende Versorgung der Unternehmen und der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen sicher und füllen eine Lücke, die durch den Filialabbau der privaten Geschäftsbanken entstanden ist. Gleichzeitig sind die Cajas in den letzten Jahren zu den wichtigsten Industrieaktionären des Landes aufge-

rung, einen globalen Energiekonzern zu formen, unterstützen. Um den politischen Einfluss auf die Cajas zu beschränken, gibt es seit 2002 das „Ley Financiera“, das den Anteil der Politiker in den Aufsichtsgremien der Sparkassen auf 50 % beschränkt.

In Spanien gibt es kein Regionalprinzip mehr, die Sparkassen stehen zueinander in unmittelbarer Konkurrenz, da einzelne Institute landesweit expandieren.

Der Erfolg der spanischen Sparkassen ist den privaten Geschäftsbanken ein Dorn im Auge, da sie im Wettbewerb in den letzten Jahren kontinuierlich Boden gegenüber den Sparkassen verloren haben. Die Geschäftsbanken kritisieren

den Namensschutz für spanische Sparkassen und haben in dieser Angelegenheit die EU-Kommission eingeschaltet. In Spanien ist die Bezeichnung „Caja General de Ahorros“ den Sparkassen vorbehalten. Dieser Namensschutz soll dem Verbraucherschutz dienen, damit die Kunden am Namen des Kreditinstitutes erkennen können, ob es sich tatsächlich um eine Sparkasse handelt. Der Name „Caja de Ahorros“ steht vor allem für das Prinzip der Gemeinnützigkeit und ist ein wichtiges Merkmal der spanischen Sparkassen. Gewinne können nach Zuführung zu den Reserven bis zu 50 % gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden. Dies waren im Jahr 2006 ca. 1,6 Mrd. EUR. Durch den Immobilienboom in Spanien und den Nachholbedarf bei Konsumgütern haben die Cajas in den letzten 10 Jahren ihr Kreditgeschäft deutlich ausgebaut. Da Volkswirte mittlerweile vor der hohen Verschuldung der privaten Haushalte warnen und für die nächsten Jahre eine Abkühlung prognostizieren, expandieren die größeren Cajas derzeit verstärkt ins Ausland zwecks Diversifizierung. So unterhält La Caixa bereits in 8 Ländern Filialbüros, für 2007 sind die ersten Filialen im Osten Europas in Polen geplant.

Die spanische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Die Caixa Catalunya ist die drittgrößte Sparkasse in Spanien. Im Jahr 2006 wurde das Filialnetz weiter kräftig ausgebaut. So besaß unser Mitgliedsinstitut Ende 2006 1.118 Filialen (2005: 1.037), die Anzahl der Mitarbeiter stieg von 5.608 Mitarbeitern in 2005 auf 6.225 in 2006.

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die Caixa Catalunya bei einer Eigenkapitalrendite vor Steuern von 12,8 % einen Jahresüberschuss von 360,4 Mio. EUR, ein Gewinnplus von über 33 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Cost/Income Ratio konnte weiter auf nur noch 42,6 % (Vorjahr: 48 %) gesenkt werden. Ausschlaggebend für den Erfolg des Unternehmens war wie in den Vorjahren in erster Linie die Ausweitung des Kreditgeschäftes um 9,6 Mrd. EUR auf 42,9 Mrd. EUR. Auch das Einlagen-geschäft mit den Privatkunden wurde um 3,9 Mrd. EUR auf 24,9 Mrd. EUR gesteigert.

Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien noch 37 Kreditinstitute. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als zweitgrößtem Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank der österreichischen Sparkassen AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens mit 637 Filialen und 5 Millionen Kunden. Daneben gibt

Folge der misslungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte unsere außerordentliche Mitgliedsparkasse, die Česká spořitelna a.s., viele Gründe zu feiern. So konnte sie ihre Position als Retailbank Nummer eins festigen und ihr dynamisches Wachstum fortsetzen. Zudem wurde die Česká spořitelna mit zahlreichen Ehrungen bedacht, darunter auch die Auszeichnung als „Bank des Jahres“ durch die Master-

Tschechien

es keine weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute befinden sich heute mehrheitlich im Besitz ausländischer Banken, beispielsweise die Československá obchodní banka, CSOB oder die Komerční banka, die sich im Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen 54 % der Bilanzsummen, 58 % der Kundeneinlagen sowie 49 % der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, nahezu komplett in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine

Card Bank. Das Mitgliedsinstitut, das sich als Sparkasse mit sozialer Verantwortung versteht, unterstützte zahlreiche gemeinnützige Projekte und war mit seiner angeschlossenen Stiftung damit der größte Sponsor kultureller, sportlicher und sozialer Aktionen aller tschechischen Banken.

Neben dem Filialgeschäft konnte sich die Česká spořitelna nach nur 4 Jahren über die erste Million von Onlinekunden freuen, damit ist sie auch in diesem Marktsegment bestens positioniert. Die Kennzahlen für das Jahr 2006 entwickelten sich wie in den Vorjahren sehr erfreulich. So konnte die Bilanzsumme um 21 % auf 794,0 Mrd. CZK (28,8 Mrd. EUR) ausgeweitet werden. Dabei wurden

die Forderungen an Kunden um 22,5 % auf 346,6 Mrd. CZK (12,6 Mrd. EUR) ausgebaut. Ein Grund für das starke Kreditwachstum war die Einführung des neuen Produktes „Instant Mortgage“. Dadurch konnten neue Hypothekarkredite mit einem Rekordvolumen von 44,5 Mrd. CZK (1,6 Mrd. EUR) vergeben werden. Auch auf der Einlagenseite wurde ein enormes Wachstum an Kundengeldern registriert. So konnte die

Česká spořitelna die von ihr gehaltenen Kundengelder um 26 % auf 644,4 Mrd. CZK (23,4 Mrd. EUR) ausbauen.

Durch dieses Wachstum konnten die wirtschaftlichen Kennzahlen weiter verbessert werden. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern wurde von 22,3 % im Vorjahr auf 23,0 % gesteigert und das Institut verbesserte seine Cost/Income Ratio von 56,9 % auf 53,7 %.

**Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.**

Geschäftsstelle Bremen:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933 und 2298
Telefax: (+49) 421 179 3653